

12

Werte und Einstellungen

Auszug aus dem
Datenreport 2021



Werte und Einstellungen

12.1 Subjektives Wohlbefinden und Sorgen

Theresa Iglauer, Jürgen Schupp

Deutsches Institut für Wirtschafts-
forschung (DIW Berlin)

Maximilian Priem

DIW Econ – Das Consulting-
Unternehmen des DIW Berlin

WZB/SOEP

Am 3. Oktober 2020 jährte sich zum 30. Mal das Inkrafttreten des Einigungsvertrags. Mit dem Tag der Deutschen Einheit 1990 wurde die 40-jährige Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg beendet. Seitdem zählt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu den anspruchsvollsten Zielen politischer Regierungsverantwortung. Bei der Verwirklichung dieses Ziels gilt es nicht allein, die objektiven Lebensbedingungen in verschiedenen Lebensbereichen anzugleichen, sondern auch das subjektive Wohlbefinden der Menschen im Blick zu behalten. Schließlich prägen erst beide Dimensionen zusammengenommen die Lebensqualität einer Gesellschaft.

Das subjektive Wohlbefinden der in Deutschland lebenden Menschen umfasst sowohl den Grad der empfundenen *allgemeinen* Lebenszufriedenheit als auch das Maß an Zufriedenheit in bestimmten Lebensbereichen, zum Beispiel mit der Wohnsituation, der Freizeit, der Arbeit, der Gesundheit sowie Sorgen angesichts der Entwicklung von Kriminalität und um den Frieden. In solchen Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens spiegeln sich die Diskrepanzen zwischen eigenem Anspruch und Wirklichkeit sowie eine Bewertung des bislang Erreichten wider.

Die Glücksforschung, deren Bedeutung in den vergangenen Jahren sowohl innerhalb der Wissenschaften als auch in

öffentlichen Debatten enorm zugenommen hat, unterscheidet drei verschiedene Dimensionen subjektiven Wohlbefindens: zum einen das »kognitive« Wohlbefinden, bei dem »Glücklich-Sein« als dauerhaftes Empfinden und als Grad der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und der Erfüllung eigener Erwartungen bewertet wird. Dieses Konzept des subjektiven Glücks ist in der Wissenschaft am stärksten etabliert. Zum anderen gibt es das vielfach auch als »emotionales« Wohlbefinden bezeichnete »Glücklich-Sein«, das den aktuellen Moment, den Tagesdurchschnitt oder, wie im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) erhoben, den Durchschnitt der vergangenen vier Wochen erfasst. Schließlich existiert noch ein dritter Aspekt von Wohlbefinden, der weniger auf spezifische Aspekte des Lebens abzielt als vielmehr auf den Grad des »Erfüllt-Seins« verweist. Damit verbunden ist die Frage, ob das, was man mit seinem Leben macht, auch wertvoll und nützlich ist.

Lebensqualität umfasst daneben auch negative Gesichtspunkte wie Sorgen um persönliche Perspektiven, zum Beispiel die eigene wirtschaftliche Situation, Gesundheit und Sicherheit des Arbeitsplatzes. Umgekehrt charakterisiert das Fehlen von Sorgen ebenfalls ein Element von positivem Wohlbefinden. In der Regel werden Sorgen nicht als Globalmaß konzeptualisiert, sondern auf einzelne Lebensbereiche oder spezifische Themen- und Hand-

lungsfelder bezogen. Dabei spielen auch unterschiedliche Aspekte einer Gesellschaft, wie die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Erhaltung des Friedens, der Schutz der Umwelt oder die Folgen des Klimawandels, bei der Bewertung des subjektiven Wohlbefindens eine Rolle.

12.1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit Lebensbereichen

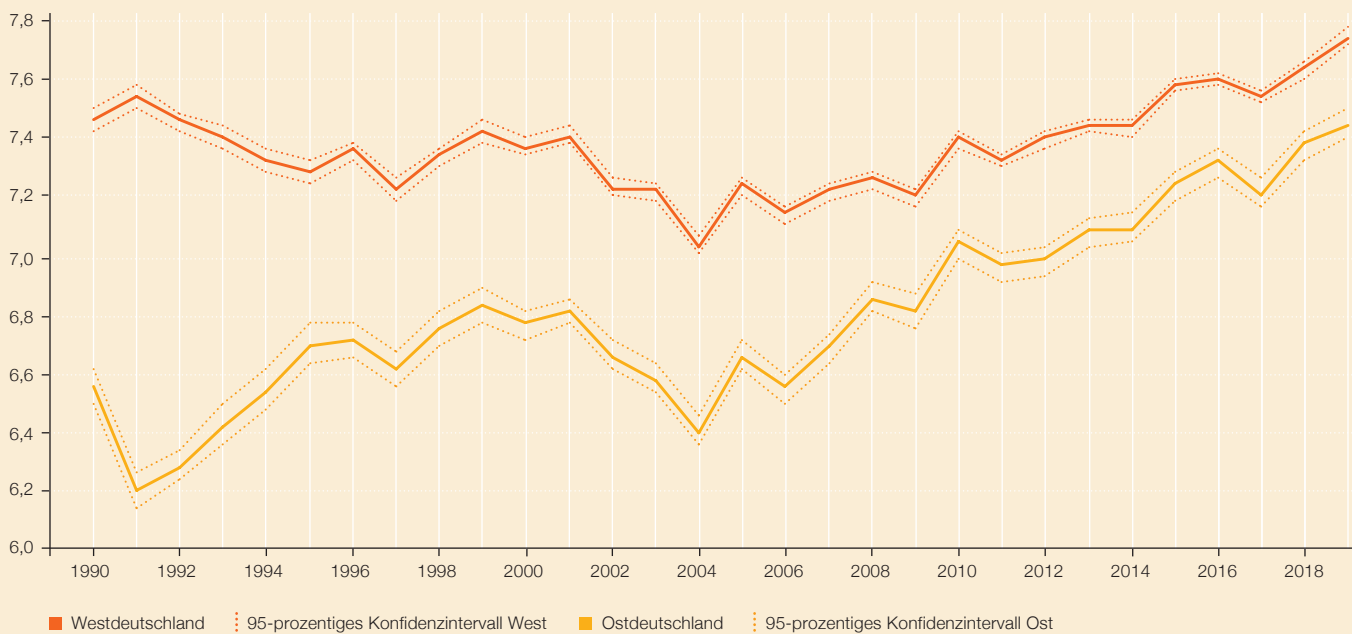
Im Jahr 2019 bilanzierten die Menschen in West- und Ostdeutschland die Zufriedenheit mit ihrem Leben insgesamt im Durchschnitt so hoch wie zu keinem anderen Zeitpunkt nach dem Fall der Mauer. Menschen in Ostdeutschland waren aber auch – fast 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung – weniger zufrieden mit ihrem Leben als Menschen in Westdeutschland. Bereits im Juni 1990 lag das Niveau der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich unter dem des Westens. Im Folgejahr vergrößerte sich die Differenz

zwischen Ost und West: Während in Westdeutschland eine leichte Zunahme der mittleren Lebenszufriedenheit in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung zu verzeichnen war, brach sie in Ostdeutschland im Jahr 1991 infolge der abrupten Veränderungen der Lebensbedingungen und der damit verbundenen Herausforderungen, vor allem am Arbeitsmarkt, deutlich ein. Die Kluft der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland war gemäß den Analysen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Jahr 1991 am größten. ▶ Abb 1

Anschließend erfolgte eine Annäherung der Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland. Während der Jahre 2004 und 2005 vergrößerte sich der Abstand dann erneut, wenn auch nicht so stark wie unmittelbar nach der Vereinigung Deutschlands. Seitdem entwickelte sich die mittlere Lebenszufriedenheit in beiden Landesteilen nahezu gleichförmig. Hoch- und Tiefpunkte tauchten

im Westen wie im Osten zeitgleich auf und die durchschnittlichen Niveaus der Lebenszufriedenheit näherten sich weiter an. Im Jahr 2010 lag die mittlere Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland auf einem Niveau, das sechs Jahre zuvor in Westdeutschland festzustellen war. In den folgenden Jahren erfolgte bis 2019 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ein nahezu ungebrochener Anstieg der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Offenbar wurden trotz angestiegener Sorgen in wenigen Bereichen, wie angesichts der Zuwanderung oder der Folgen des Klimawandels, das Wohlbefinden der Menschen hierzulande nicht nachhaltig getrübt. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass der Unterschied im durchschnittlichen Niveau der Lebenszufriedenheit zwischen der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland noch immer signifikant ist. Dies bestätigen auch – in diesem Beitrag nicht dokumentierte – vertiefende, multivariate Analysen, die

▶ Abb 1 Mittlere Lebenszufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1990–2019



Gemessen auf einer Skala von 0 »vollkommen unzufrieden« bis 10 »vollkommen zufrieden«, um Wiederholungsbefragungseffekte korrigierte Schätzung.
Datenbasis: SOEP – v35 und Vorabdaten v36; ohne M3–M5 – Stichproben; gewichtete Werte

für weitere soziodemografische Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen kontrollieren.

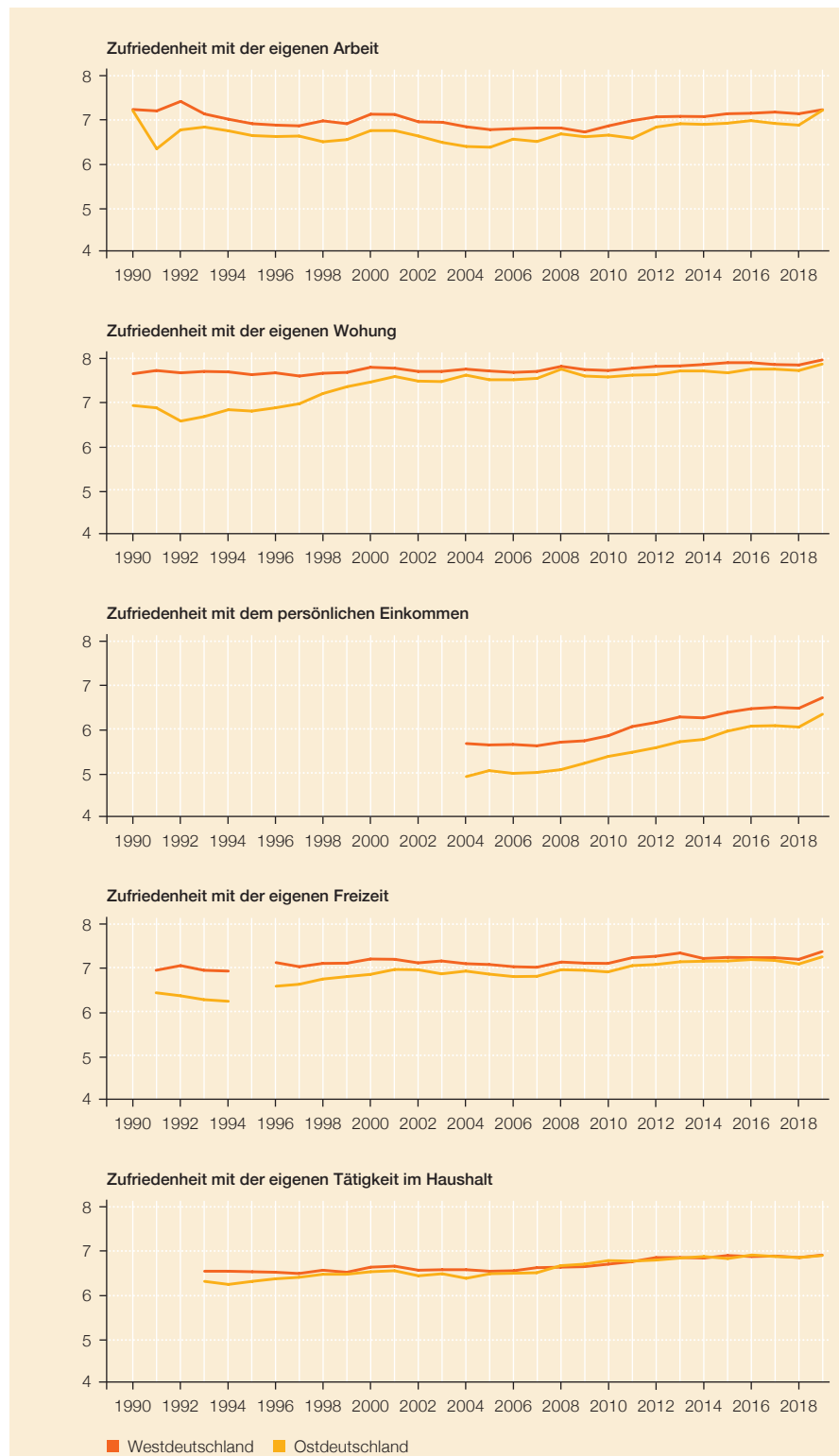
Differenziert nach zehn verschiedenen Lebensbereichen, war im Jahr 2019 das durchschnittliche Zufriedenheitsniveau in Ostdeutschland nur noch in wenigen Bereichen niedriger als in Westdeutschland. Besonders stark ausgeprägt waren die Unterschiede lediglich noch bei der Zufriedenheit in Bezug auf das Haushaltseinkommen sowie das persönliche Einkommen. In Feldern wie der Zufriedenheit mit dem eigenen Familienleben wie auch der Gesundheit und dem Schlaf war dieser Unterschied deutlich geringer. In den Bereichen der Arbeitszufriedenheit und der Zufriedenheit mit der Freizeit haben sich die früher teilweise sehr deutlich unterschiedlichen Werte weitgehend angeglichen. Auch bei der Zufriedenheit mit der Wohnung, bei der es zu Beginn der 1990er-Jahre starke Unterschiede gab, hatten sich die Werte bereits im Jahr 2008 vollständig angenähert; bei der Zufriedenheit mit der eigenen Haushaltstätigkeit sind frühere geringere Differenzen seit einigen Jahren nicht länger signifikant. ▶ [Abb 2](#)

Die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung ist der einzige Bereich, in dem die Lebenszufriedenheit der Menschen in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland. Nur in wenigen der 22 erfassten Jahre lag die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung in Westdeutschland über dem Niveau in Ostdeutschland. Von 2004 bis 2019 wies Ostdeutschland konstant ein höheres Zufriedenheitsniveau in dieser Kategorie auf.

12.1.2 Sorgen in persönlichen Bereichen

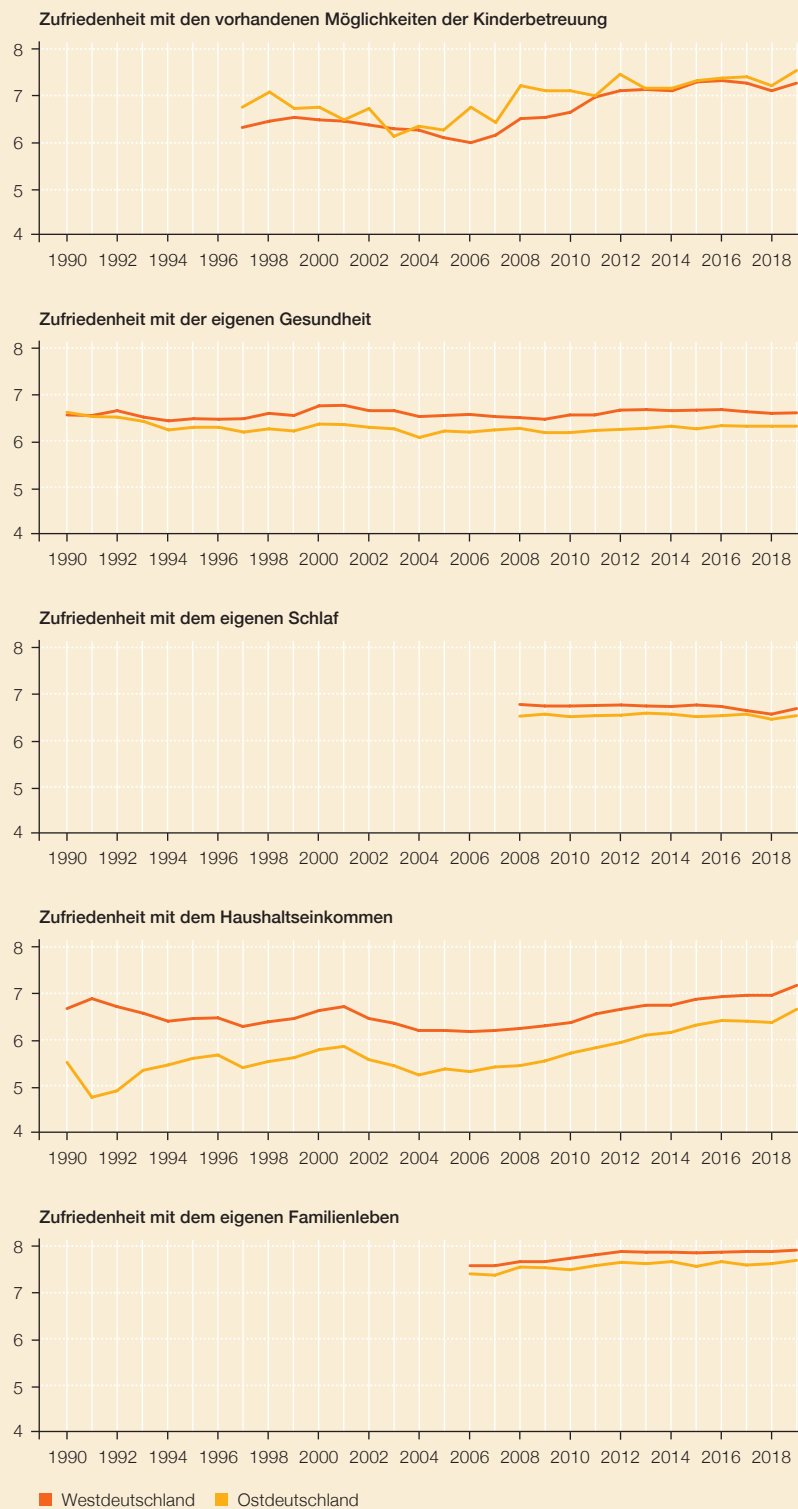
Blickt man auf negative Komponenten des subjektiven Wohlbefindens, so lassen sich Sorgen in persönlichen und öffentlichen Bereichen unterscheiden. Bei den persönlichen Belangen wie der eigenen wirtschaftlichen Situation, der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, der eigenen Gesundheit sowie der eigenen Altersvorsorge zeigt sich, dass der Anteil derer, die große

▶ **Abb 2** Verlauf der mittleren Bereichszufriedenheiten in West- und Ostdeutschland 1990–2019



Gemessen auf einer Skala von 0 »vollkommen unzufrieden« bis 10 »vollkommen zufrieden«. Frage zur Zufriedenheit mit der eigenen Freizeit wurde 1995 nicht gestellt.
Datenbasis: SOEP – v35 und Vorabdaten v36; ohne M3–M5 – Stichproben, gewichtete Werte

► **Abb 2 (Fortsetzung) Verlauf der mittleren Bereichszufriedenheiten in West- und Ostdeutschland 1990–2019**



Gemessen auf einer Skala von 0 »vollkommen unzufrieden« bis 10 »vollkommen zufrieden«.
Datenbasis: SOEP – v35 und Vorabdaten v36; ohne M3–M5 – Stichproben, gewichtete Werte

Sorgen haben, in Ostdeutschland durchgängig etwas höher lag als in Westdeutschland, aber die Differenz in den letzten Jahren erkennbar abgenommen hat. ► **Abb 3**

Der Anteil derer mit großen Sorgen um den Arbeitsplatz und um die eigene wirtschaftliche Situation hat seit 2004 und 2005 in West- wie Ostdeutschland kontinuierlich abgenommen. So gab 2004 in Westdeutschland fast ein Fünftel (19%) der Erwerbstätigen an, sich große Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes zu machen. In Ostdeutschland lag der Anteil bei rund einem Drittel (32%). Seitdem sank in beiden Landes- teilen der Anteil der Erwerbstätigen mit großen Sorgen nahezu jährlich, in Ost- deutschland stärker als in Westdeutsch- land. Im Jahr 2019 lagen die Anteile lediglich noch bei knapp 6% für Er- werbstätige in Westdeutschland und bei 7% für die in Ostdeutschland, was auch – trotz des zeitweiligen kurzen Anstiegs der Sorgen aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 – die gute gesamtwirtschaftliche Situation sowie die Lage am Arbeitsmarkt mit niedriger Arbeitslosigkeit sowie Fach- kräftemangel in West- und Ostdeutsch- land widerspiegelt. Ein sehr ähnliches Bild zeigt sich bei der Entwicklung der Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. Lediglich 11% der Bevölke- rung in Ost- wie Westdeutschland berei- tete im Jahr 2019 die eigene wirtschaft- liche Situation noch Sorgen.

Einen anderen Verlauf haben hinge- gen die Sorgen um die eigene Gesundheit genommen, die im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) seit 1999 jährlich erfragt werden. Hier hatte in Westdeutschland im Jahr 2011 rund jede/jeder Fünfte (21%) große Sorgen. Dieser Anteil sank in den folgenden Jahren bis 2018 auf 15% ab und erhöhte sich dann im Jahr 2019 auf 18%. In Ostdeutschland berichtete im Jahr 2011 hingegen jede/jeder Vierte (26%) von großen Sorgen um die eigene Ge- sundheit. Nach einigen Schwankungen sank der Anteil derer mit großen Sorgen bis zum Jahr 2018 auf 19% und erhöhte sich dann aber auch in Ostdeutschland

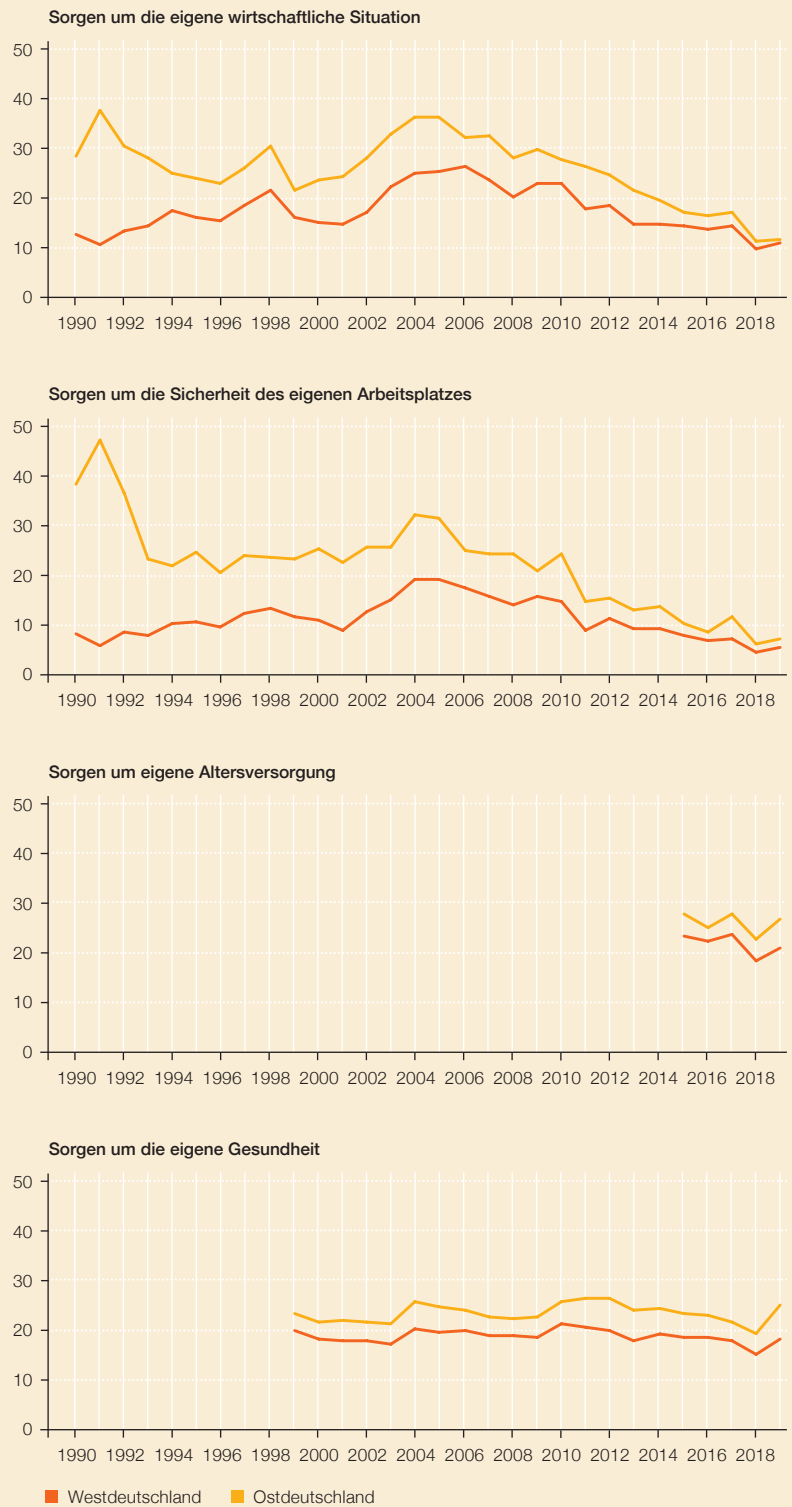
im Jahr 2019 wieder auf ein Viertel (25 %). Die Auswirkungen der Coronapandemie ab Anfang 2020 werden durch die hier präsentierten Daten noch nicht dargestellt. Erste SOEP-Studien im Zuge der Pandemie (SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 1087) deuten jedoch darauf hin, dass zukünftige SOEP-Erhebungswellen für das Jahr 2020 eher geringere Sorgen um die eigene Gesundheit aufzeigen werden.

Seit 2015 wird im SOEP als weiterer Indikator die Ausprägung persönlicher Sorgen hinsichtlich der eigenen Altersversorgung erfragt. Während im Jahr 2015 in Westdeutschland gut 23 % diesbezüglich große Sorgen hatten, betrug der entsprechende Anteil in Ostdeutschland 28 %. Mit der Einführung der Rente mit 63 sowie der Mütterrente sank in beiden Teilen Deutschlands seitdem der Anteil der Personen, die sich große Sorgen um die eigene Altersversorgung machten, auf zuletzt 18 % im Jahr 2018 in Westdeutschland und 23 % in Ostdeutschland. Im Jahr 2019, als die Reformpläne um eine geplante Grundrente auch kontroverse Debatten innerhalb der großen Koalition auslösten, erhöhte sich der Anteil großer Sorgen um die eigene Altersversorgung in Ost- wie Westdeutschland signifikant. Er betrug in Westdeutschland rund ein Fünftel (21 %) und in Ostdeutschland mehr als ein Viertel (27 %) der Bevölkerung.

12.1.3 Sorgen im öffentlichen Bereich

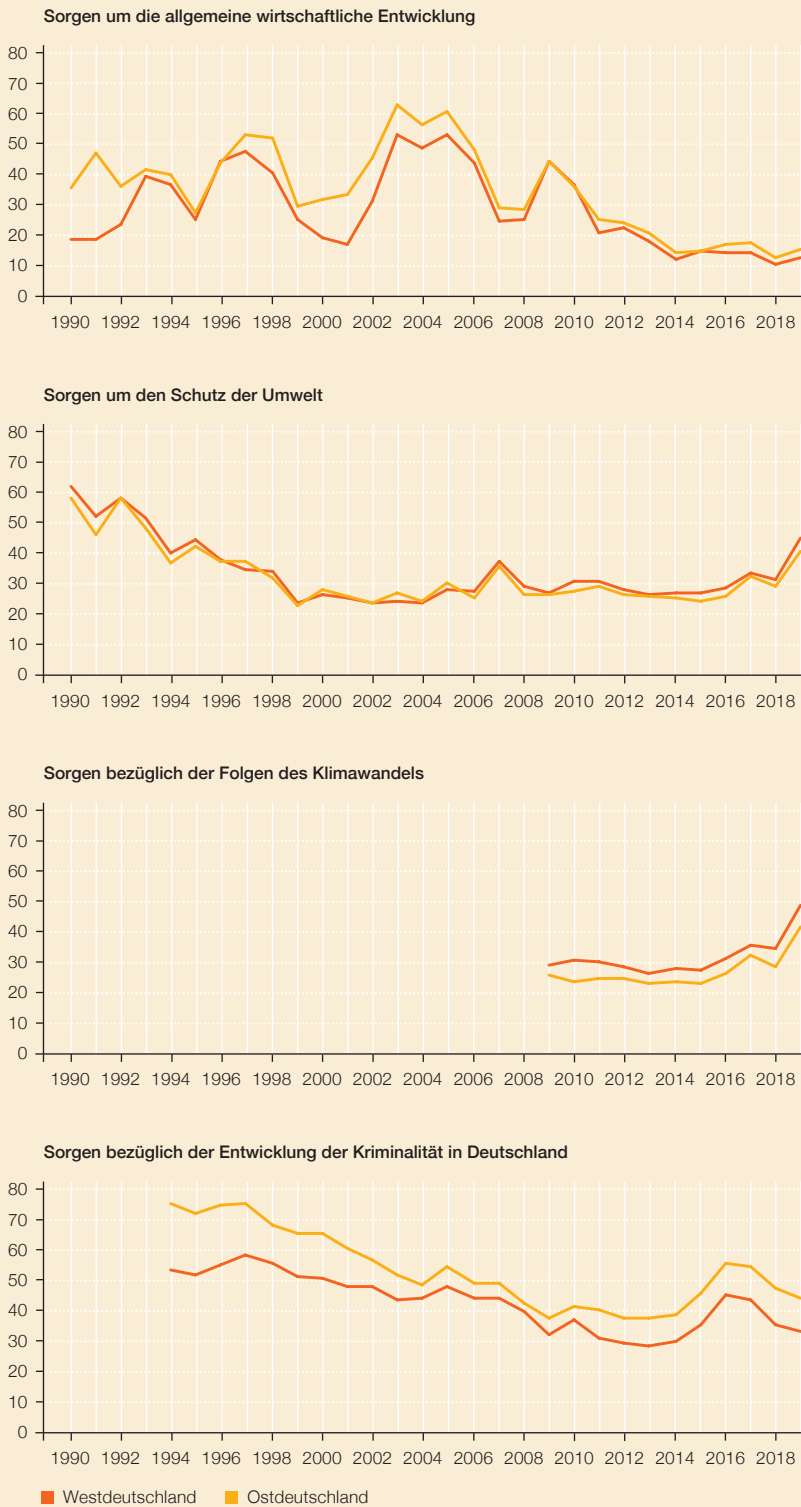
Der zeitliche Verlauf des Anteils großer Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation ist ähnlich wie bei den Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, jedoch auf einem deutlich höheren Niveau. Im Jahr 2005, als die Zahl der arbeitslos Gemeldeten bei rund 5 Millionen lag, machte sich etwas mehr als die Hälfte (53 %) der Bevölkerung in Westdeutschland große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. In Ostdeutschland betrug der Anteil mit großen Sorgen 60 %. Seitdem ist – mit Ausnahme von 2009, dem Jahr der Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise –

► **Abb 3** Verlauf der Sorgen in privaten Bereichen in West- und Ostdeutschland 1990–2019 – Anteil großer Sorgen in Prozent



Antwortmöglichkeiten: keine Sorgen, einige Sorgen, große Sorgen.
 Datenbasis: SOEP – v35 und Vorabdaten v36; ohne M3–M5 – Stichproben, gewichtete Werte

► **Abb 4** Verlauf der Sorgen in öffentlichen Bereichen in West- und Ostdeutschland 1990–2019 – Anteil großer Sorgen in Prozent



Antwortmöglichkeiten: keine Sorgen, einige Sorgen, große Sorgen.
Datenbasis: SOEP – v35 und Vorabdaten v36; ohne M3–M5 – Stichproben, gewichtete Werte

der Anteil derer, die sich große Sorgen machen, jährlich deutlich gesunken, bis der Anteil im Jahr 2019 in Westdeutschland dann bei 13 % und in Ostdeutschland bei 16 % lag – und damit nur etwas über dem niedrigsten Niveau seit der Vereinigung Deutschlands aus dem Jahr 2018. ► **Abb 4**

Bei den Sorgen um den Schutz der Umwelt zeigt sich in den letzten zehn Jahren (2009 bis 2018) kein klarer Trend. Der Anteil derer mit großen Sorgen bewegte sich in diesem Zeitraum sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland überwiegend zwischen einem Viertel (24 %) und einem Drittel (33 %). Im Vergleich zu den frühen 1990er-Jahren ist allerdings ein starker Rückgang beim Anteil der Menschen mit großen Sorgen um den Schutz der Umwelt zu verzeichnen. Im Jahr 2019 ist der Anteil in beiden Teilen Deutschlands hingegen signifikant angestiegen und lag in Westdeutschland bei 45 % und in Ostdeutschland bei über 40 %.

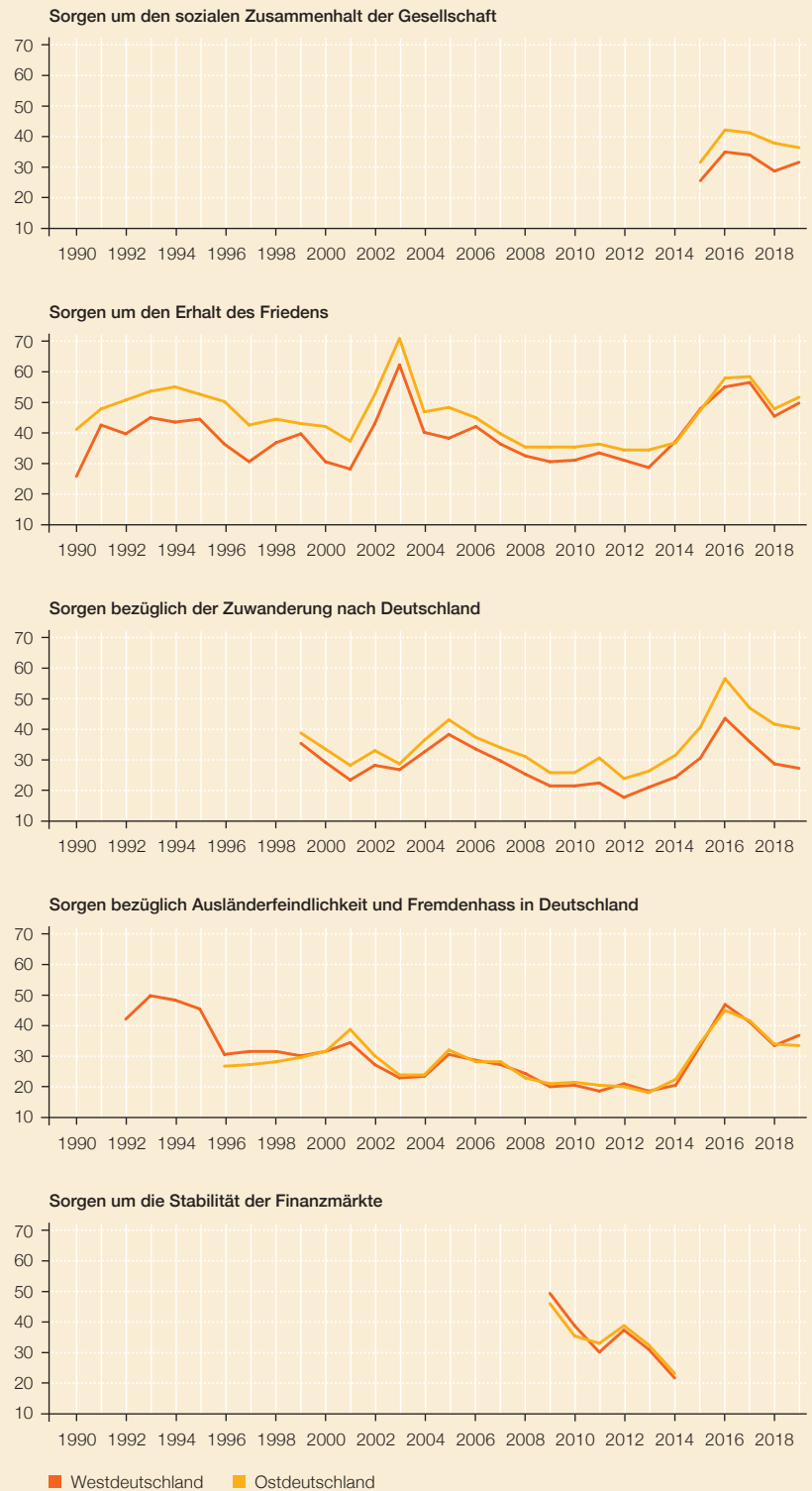
Dass sich die Menschen in Westdeutschland in Bezug auf die Umwelt häufiger große Sorgen machen als Menschen in Ostdeutschland, zeigt sich auch im Bereich der Sorgen hinsichtlich der Folgen des Klimawandels. Dieser Indikator wird seit nunmehr zehn Jahren im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) jährlich erfragt. In Westdeutschland machten sich 2019 annähernd die Hälfte der Befragten (49 %) große Sorgen wegen des Klimawandels, aber auch in Ostdeutschland stieg der Anteil mit großen Sorgen auf nunmehr 41 %. Der jährliche Anstieg betrug in Ost- wie Westdeutschland mehr als 10 Prozentpunkte und stellt damit in beiden Landesteilen die markanteste Erhöhung aller 2019 im SOEP erfragten Sorgen-Items innerhalb eines Jahres dar. Die vor allem 2019 gewachsenen Sorgen um den Schutz der Umwelt wie auch hinsichtlich der Folgen des Klimawandels dürften vor allem den von der Fridays-for-Future-Bewegung organisierten Schulstreiks und Protesten geschuldet sein, die im Frühjahr 2019 begonnen haben (siehe Kapitel 11.4.6, Seite 406, und Kapitel 13.5.2, Seite 457).

Große Sorgen bezüglich der Kriminalitätsentwicklung äußerten im ersten Erhebungsjahr 1994 in Ostdeutschland noch drei Viertel (75 %) der Befragten, während der Anteil in Westdeutschland damals bei lediglich rund der Hälfte (53 %) lag. Seitdem sank in beiden Landesteilen der Anteil mit großen Sorgen nahezu kontinuierlich bis zum Jahr 2014 und lag in Westdeutschland bei 30 % und in Ostdeutschland bei 39 %. Der Anteil der Menschen, die sich große Sorgen bezüglich der Kriminalitätsentwicklung machten, stieg dann in den Jahren 2016 und 2017 sowohl in West- wie Ostdeutschland signifikant um mehr als zehn Prozentpunkte an. Seitdem sind die Sorgen in beiden Landesteilen wieder signifikant gesunken und lagen 2019 in Westdeutschland bei rund einem Drittel (34 %) und in Ostdeutschland bei 44 %. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bleiben damit auch im Vergleich zu den Vorjahren deutlich ausgeprägt.

Seit 2015 werden im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) auch Sorgen um den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft erfragt. Zu diesem Thema machten sich 2015 in Westdeutschland rund ein Viertel (26 %) der Befragten und in Ostdeutschland sogar knapp ein Drittel (31 %) große Sorgen. Der Anteil derer mit großen Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft stieg im Jahr 2016 in beiden Landesteilen um rund 10 Prozentpunkte an und sank anschließend, sodass er 2019 in Westdeutschland nunmehr bei 31 % und in Ostdeutschland bei 37 % lag.

Neben Klima- und Umweltschutz gibt es drei weitere öffentlichen Bereiche, um die sich die Menschen in Ost- und Westdeutschland auch im Jahr 2019 besonders große Sorgen machten. Hier sind der Erhalt des Friedens, die Zuwanderung nach Deutschland sowie Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland zu nennen. Um den Erhalt des Friedens machten sich 2019 in Westdeutschland 50 % und in Ostdeutschland 52 % der Befragten große Sorgen. Im Vergleich zu 2016 und 2017 ist der Anteil der Bevölke-

► **Abb 4 (Fortsetzung) Verlauf der Sorgen in öffentlichen Bereichen in West- und Ostdeutschland 1990–2019 — Anteil großer Sorgen in Prozent**



Antwortmöglichkeiten: keine Sorgen, einige Sorgen, große Sorgen. Frage zu Sorgen bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass wurde in Westdeutschland ab 1992, in Ostdeutschland ab 1996 gestellt.
Datenbasis: SOEP – v35 und Vorabdaten v36; ohne M3–M5 – Stichproben, gewichtete Werte

rung, der sich große Sorgen um den Erhalt des Friedens machte, um rund 6 Prozentpunkte in Ost- wie Westdeutschland gesunken. Der Krieg in der Ostukraine, die seit 2014 wahrgenommene Bedrohung durch den sogenannten Islamischen Staat sowie der nicht enden wollende Krieg in Syrien dürften damals in den gewachsenen Sorgen um den Erhalt des Friedens ihren Niederschlag gefunden haben.

In Bezug auf Zuwanderung nach Deutschland machten sich 2019 noch 27 % der Befragten in Westdeutschland und 40 % der Befragten in Ostdeutschland große Sorgen. Im Vergleich zum Jahr 2016, als knapp eine Million Geflüchtete in Deutschland Anträge auf Anerkennung als Asylberechtigte stellten, ist der Anteil mit großen Sorgen bezüglich der Zuwanderung in West- wie Ostdeutschland um rund 15 Prozentpunkte gesunken. Interessant ist, dass sich gleichzeitig vor allem in Westdeutschland mit 37 %, aber auch in Ostdeutschland mit 33 % die Menschen große Sorgen hinsichtlich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass machten.

Jedoch lässt sich aus diesem Befund nicht ableiten, dass eine Polarisierung der Bevölkerung dahingehend erfolgt, dass ein großer Teil der Bevölkerung sich große Sorgen bezüglich der Zuwanderung machte und der andere Anteil große Sorgen aufgrund von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass. 2019 hatten 15 % in Westdeutschland und 17 % in Ostdeutschland sowohl große Sorgen bezüglich der Zuwanderung nach Deutschland als auch große Sorgen bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass. Weitere 24 % in Westdeutschland und 28 % in Ostdeutschland gaben an, sich in jeweils einem der Bereiche große und im anderen Bereich einige Sorgen zu machen. Dies legt die Vermutung nahe, dass nicht allein die Zuwanderung, sondern vor allem auch der Umgang mit der Zuwanderung Auslöser von Sorgen war und ist. So könnte zum Beispiel eine als misslungen wahrgenommene Eingliederung von früheren Zugewanderten Sorgen um weitere Zuwanderung auslösen.

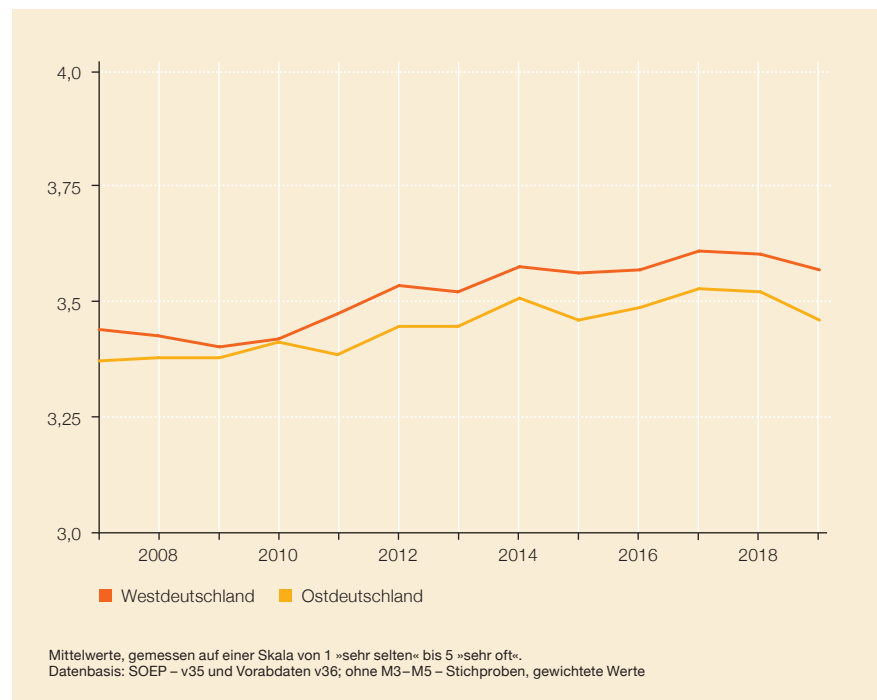
12.1.4 Emotionales Glück und »Erfüllt-Sein«

Seit 2007 werden im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) auch emotionale Elemente des subjektiven Wohlbefindens erfragt. Der Indikator, der das emotional erlebte Glück der vergangenen vier Wochen erhebt, differenziert auf einer fünfstufigen Skala zwischen »sehr selten« (1) und »sehr oft« (5). Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland werden seit Jahren ausgesprochen konstante Werte berichtet. Demnach gaben in Westdeutschland jeweils zwischen 50 und 60 % der Befragten an, sich in den vergangenen vier Wochen oft oder sehr oft glücklich gefühlt zu haben; in Ostdeutschland lag dieser Anteil stets etwa 5 Prozentpunkte niedriger. Im Jahr 2019 lag der mittlere Wert der 5er-Skala in Westdeutschland bei 3,6 und in Ostdeutschland signifikant niedriger bei 3,5, was deutlich macht, dass auch 2019 Menschen in Westdeutschland im Durchschnitt geringfügig glücklicher waren als in Ostdeutschland. ▶ Abb 5

Ein weiterer Indikator zielt weniger auf spezifische Aspekte oder Bereiche des Lebens, sondern auf den Grad des »Erfüllt-Seins«. Dabei geht es um die Einschätzung, ob das, was ich mit dem Leben mache, auch wertvoll und nützlich ist. Die Skala reicht hier von »überhaupt nicht wertvoll und nützlich« (0) bis »vollkommen wertvoll und nützlich« (10). In Westdeutschland hatte von 2015 bis 2019 nahezu konstant ein Zehntel (10 %) der Menschen das Gefühl, dass das, was sie mit ihrem Leben machen, vollkommen wertvoll und nützlich ist. In Ostdeutschland lag der entsprechende Wert zunächst bei 9 % und betrug im Jahr 2019 8 %. Blickt man auf die Veränderung des durchschnittlichen Grads des »Erfüllt-Seins« der entsprechenden 11er-Skala, so liegt der mittlere Grad 2019 in Westdeutschland bei 7,3 und in Ostdeutschland geringfügig niedriger bei 7,2. ▶ Tab 1

Insgesamt haben die subjektiven Unterschiede des Wohlbefindens zwischen West- und Ostdeutschland in den vergangenen Jahren also offenbar eher abgenommen.

▶ Abb 5 Glücklich gefühlt in den letzten vier Wochen 2007–2019



12.1.5 Subjektive Bilanz des Rückblicks von 30 Jahren

Die bislang präsentierten Verläufe basieren auf Fragen zum subjektiven Wohlbefinden, die seit 1990 einmal jährlich in Ost- und Westdeutschland ermittelt wurden. Sie spiegeln jeweils die Befindlichkeiten der Bevölkerung zu unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten wider.

In der Befragungswelle 2019 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurde der Versuch unternommen, von den Erwachsenen in West- und Ostdeutschland eine rückblickende subjektive Bewertung ihrer Lebenszufriedenheit zu ermitteln. An alle Personen, die vor 1990 geboren sind, wurde die Frage gestellt: »Wenn Sie einmal 30 Jahre zurückblicken – also auf 1989, das Jahr vor der Wiedervereinigung Deutschlands – was würden Sie sagen: Hat sich seit dieser Zeit ihre Lebenszufriedenheit alles in allem eher erhöht oder eher verringert?«

Die Ergebnisse zeigen ein sehr unterschiedliches Bild dieser subjektiven Lebensbilanz. Während nur ein Drittel

(35 %) der Befragten, die 1989 in Westdeutschland lebten, der Auffassung war, dass sich ihre Lebenszufriedenheit seit 1989 erhöht hat, und nahezu die Hälfte (48 %) angab, dass die Lebenszufriedenheit eher gleich geblieben ist, fiel die Bilanz der Menschen in Ostdeutschland deutlich positiver aus. Demnach bewertete rund die Hälfte (49 %) der Befragten, die 1989 in der DDR lebten, ihre Lebenszufriedenheit im Vergleich zu der Zeit vor der deutschen Vereinigung als höher. Lediglich ein Fünftel (19 %) gab an, dass sich die Zufriedenheit im Vergleich zu 1989 verringert hat (in Westdeutschland 15 %) und knapp ein Drittel (32 %) bewertete die eigene Lebenszufriedenheit als etwa gleich geblieben. ▶ Tab 2

Männer bewerteten im Vergleich zu Frauen demnach in Westdeutschland die Entwicklung ihrer Lebenszufriedenheit nur etwas positiver, während der Unterschied zwischen den Geschlechtern in Ostdeutschland prägnanter ausfiel. 51 % der Männer und 47 % der Frauen, die in der DDR lebten, empfanden ihre Lebenszufriedenheit

denheit 30 Jahre später als Verbesserung. Der Anteil der Personen, die eher eine Verschlechterung in ihrer Lebenszufriedenheit sahen, war bei Männern wie Frauen, die 1989 in der DDR lebten, mit jeweils etwa einem Fünftel (19 %) gleich hoch.

Innerhalb der vergangenen 30 Jahre haben viele Menschen aus der ehemaligen DDR ihren Lebensmittelpunkt in den alten Bundesländern gewählt, wie auch umgekehrt eine kleinere Zahl an Menschen aus Westdeutschland mittlerweile in Ostdeutschland lebt. Anhand des Vergleichs der beiden Gruppen lässt sich untersuchen, wie sich der Umzug in den jeweils anderen Landesteil rückblickend auf die Lebenszufriedenheit ausgewirkt hat. Bei beiden Gruppen fiel die Bewertung der Lebenszufriedenheit seit der deutschen Vereinigung deutlich positiver aus, als bei den Personen, die nicht umgezogen sind. Bei ehemaligen Westdeutschen, die 2019 in den neuen Bundesländern lebten, betrug der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung ihrer Lebenszufriedenheit sahen, 48 % und lag damit deutlich über

▶ Tab 1 Grad des »Erfüllt-Seins« im Leben: »Haben Sie das Gefühl, dass das, was Sie in Ihrem Leben machen, wertvoll und nützlich ist?« 2015 – 2019

	Westdeutschland					Ostdeutschland				
	2015	2016	2017	2018	2019	2015	2016	2017	2018	2019
Durchschnittswert der Skala	7,1	7,2	7,2	7,2	7,3	6,9	7,1	7,1	7,1	7,2
in %										
[0] »überhaupt nicht wertvoll und nützlich«	1	0	1	1	0	1	1	1	1	1
[1]	1	0	0	0	1	1	1	0	1	1
[2]	1	1	1	1	1	2	2	1	1	1
[3]	3	3	3	3	2	3	2	2	2	2
[4]	3	3	3	3	3	4	3	3	3	2
[5]	12	11	11	10	10	13	13	13	12	12
[6]	11	10	10	11	10	10	10	10	10	11
[7]	21	20	21	22	22	20	20	21	22	19
[8]	27	28	28	29	28	28	28	28	27	30
[9]	11	13	12	11	13	10	11	13	12	13
[10] »vollkommen wertvoll und nützlich«	10	11	10	10	10	9	9	8	8	8

Datenbasis: SOEP v35 + Vorabdaten v36 ohne M3–M5, gewichtete Werte

dem Durchschnitt aller Westdeutschen (35 %). Umgekehrt gaben auch die ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger, die im Jahr 2019 in den alten Bundesländern lebten, mit 54 % häufiger an, dass sich ihre Zufriedenheit seit der deutschen Vereinigung verbessert hat, als die gesamte Gruppe der Ostdeutschen (49 %).

Der retrospektive Blick auf die Entwicklung der subjektiven Lebenszufriedenheit zeigt zudem eine interessante Differenzierung nach Altersgruppen. Unter den Personen, die 1989 in Westdeutschland lebten, bewertete in der Altersgruppe der (2019) 40- bis 49-Jährigen fast jede/ jeder Zweite (48 %) die Entwicklung der Lebenszufriedenheit seit der deutschen Vereinigung positiv. Bei der Gruppe der 70- bis 79-Jährigen halbiert sich dieser Anteil auf rund ein Viertel (26 %). Die überwiegende Mehrheit in dieser Altersgruppe (59 %) sah ihre Lebenszufriedenheit im Vergleich zu vor 30 Jahren in etwa auf dem gleichen Niveau. Der Anteil derjenigen, die eher eine Verringerung der Lebenszufriedenheit seit der deutschen Vereinigung bilanzierten, betrug in beiden Altersgruppen jeweils lediglich 14 %.

Bei ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern fallen die Altersdifferenzen weniger markant aus. Während eine deutliche Mehrheit (58 %) der (2019) 40- bis 49-Jährigen ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger eine Verbesserung der Lebenszufriedenheit bilanzierte, lag der Anteil bei den 70- bis 79-Jährigen, die also in den vergangenen 30 Jahren in Altersrente gewechselt sind, mit 46 % deutlich niedriger. Der Anteil derjenigen, die eine Verringerung der Lebenszufriedenheit berichteten, betrug 16 % und war somit wenige Prozentpunkte höher als bei der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen aus der ehemaligen DDR.

12.1.6 Fazit

Die allgemeine Lebenszufriedenheit brach in Ostdeutschland unmittelbar nach der deutschen Vereinigung zunächst ein, was vor allem auf die abrupten Veränderungen der Lebensbedingungen zurückzuführen ist. Es folgte Mitte der 1990er-Jahre eine schrittweise Erhöhung des subjektiven Wohlbefindens, die in den letzten zehn Jahren eine nochmalige Beschleunigung erfahren hat.

Gleichwohl besteht in Ostdeutschland auch nunmehr 30 Jahre nach der Vereinigung in der allgemeinen Lebenszufriedenheit sowie in mehreren Lebensbereichen ein signifikant niedrigeres Niveau des subjektiven Wohlbefindens. Davon abweichend liegt die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung in Ostdeutschland seit 1997 nahezu durchgängig höher als in Westdeutschland. Völlig angeglichene hat sich die Zufriedenheit mit der Wohnung. Aber auch hinsichtlich der Arbeit sowie der Freizeit waren die früheren Unterschiede im Jahr 2019 weitgehend nivelliert. Bezüglich der negativen Komponenten des Wohlbefindens gingen in Ostdeutschland die Sorgen in verschiedenen privaten Lebensbereichen deutlich zurück, sind aber nach wie vor in einigen Feldern stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Im öffentlichen Bereich nahmen in den vergangenen Jahren vor allem die Sorgen um den Schutz der Umwelt und in besonderer Weise im Jahr 2019 auch die Sorgen angesichts der Folgen des Klimawandels sehr deutlich zu. Ebenso bewegen sich die Sorgen um Frieden, bezüglich Zu-

► Tab 2 Subjektive Bewertung der Änderung der Lebenszufriedenheit seit der deutschen Einheit 2019 – in Prozent

	Befragte, die 1989 in Westdeutschland (BRD) lebten									
	insgesamt	darunter: 2019 in Ostdeutschland	Männer	Frauen	2019 im Alter von					
					unter 40 Jahren	40–49 Jahren	50–59 Jahren	60–69 Jahren	70–79 Jahren	80 Jahren und älter
Erhöht	35	48	35	34	56	48	39	36	26	19
Verringert	15	15	16	14	16	14	18	13	14	14
Gleich geblieben	50	38	49	52	28	38	43	50	59	66
	Befragte, die 1989 Ostdeutschland (DDR) lebten									
	insgesamt	darunter: 2019 in Westdeutschland	Männer	Frauen	2019 im Alter von					
					unter 40 Jahren	40–49 Jahren	50–59 Jahren	60–69 Jahren	70–79 Jahren	80 Jahren und älter
Erhöht	49	54	51	47	48	58	52	45	46	42
Verringert	19	20	19	19	30	13	20	22	16	17
Gleich geblieben	32	26	30	35	22	29	28	33	38	41

Frage: »Wenn Sie einmal 30 Jahre zurückblicken – also auf 1989, das Jahr vor der Wiedervereinigung Deutschlands – was würden Sie sagen: Hat sich seit dieser Zeit ihre Lebenszufriedenheit alles in allem eher erhöht oder eher verringert?«

Datenbasis: SOEP Vorabdaten v36; ohne M3–M5 – Stichproben, gewichtete Werte

wanderung sowie aufgrund von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit auf hohem Niveau.

Die subjektive Bilanz beim Vergleich der 2019 berichteten Lebenszufriedenheit mit der im Jahr 1989, also der Zeit vor der Vereinigung Deutschlands, fällt sehr unterschiedlich aus. Während etwas mehr als ein Drittel der Menschen (35%), die vor 30 Jahren in Westdeutschland lebten, eine Erhöhung ihrer Lebenszufriedenheit empfand, zogen die Menschen in Ostdeutschland eine deutlich

positivere Bilanz. Demnach bewertete rund die Hälfte (49%) der Befragten, die 1989 in der DDR lebten, ihre Lebenszufriedenheit höher als zu der Zeit vor der deutschen Vereinigung. Insbesondere trifft dies für die heute über 69-jährigen ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu, unter denen der Anteil an Menschen, die ihre Zufriedenheit im Vergleich zu 1989 als Verbesserung bewerteten, mehr als 20 Prozentpunkte über dem Niveau der westdeutschen Vergleichsgruppe lag.

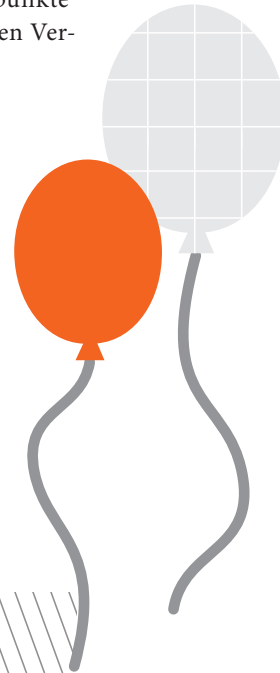


49

Prozent der Personen, die vor der deutschen Vereinigung in der DDR lebten, gaben 2019 an, dass sich ihre Lebenszufriedenheit seit dieser Zeit verbessert hat. Bei den Westdeutschen sagten das 35 Prozent.

49

Prozent der Menschen in Westdeutschland machten sich 2019 große Sorgen wegen des Klimawandels, in Ostdeutschland waren es 41 Prozent. Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr betrug im gesamten Bundesgebiet mehr als 10 Prozentpunkte.



12.2 Einstellungen zu Elternschaft, Familie und Lebensformen

Kerstin Ruckdeschel

Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung (BiB)

Die Familie gilt als »Grundeinheit der Gesellschaft«, wie es die Vereinten Nationen in der UN-Kinderrechtskonvention formuliert haben. In Familien finden die Sozialisation und Erziehung von Kindern statt, schwächere und ältere Mitglieder werden unterstützt und umsorgt. Dem wird häufig fehlende gesellschaftliche Anerkennung der familiären Leistungen gegenübergestellt, die sich etwa in zu geringer finanzieller Unterstützung oder nicht ausreichender Bereitstellung von Strukturen zur Bewältigung des familiären Alltags zeigen. Gleichzeitig erleben wir eine Vielfalt an Lebensformen, die sich durch eine sinkende Heiratsneigung, steigende Scheidungszahlen und zunehmende Anerkennung anderer Lebensformen, zum Beispiel nicht ehelicher oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, ergibt. Im Folgenden soll deshalb der Frage nachgegangen werden, wie wichtig Familie für das persönliche Wohlergehen eingeschätzt wird, welche Rolle Kinder und Elternschaft dabei spielen und wie stark Lebensformen neben dem Standardfamilienmodell in der Gesellschaft anerkannt werden.

12.2.1 Einstellungen zu Familie und Elternschaft

Zunehmende Möglichkeiten der Lebensgestaltung für Frauen und Männer lassen die Frage aufkommen, ob Familie neben Karriere, Sport, Reisen und anderen Dingen noch Bestand hat. Braucht man eine Familie, um wirklich glücklich zu sein? Fast zwei Drittel der Bevölkerung (65 %) bejahten 2018 diese Frage, während ein gutes Viertel (26 %) der Meinung war, dass man ohne Familie genauso glücklich leben könne. Dass man ohne Familie glücklicher sei, glaubte dagegen so gut wie niemand (1 %). Geht man davon aus, dass eine höhere formale Bildung auch mehr Lebensoptionen bietet, gerade in Hinblick auf Beruf und Karriere, dann besteht die Vermutung, dass Familie in diesem Fall in Konkurrenz zu anderen Lebenszielen treten kann. Tatsächlich glaubten Personen mit

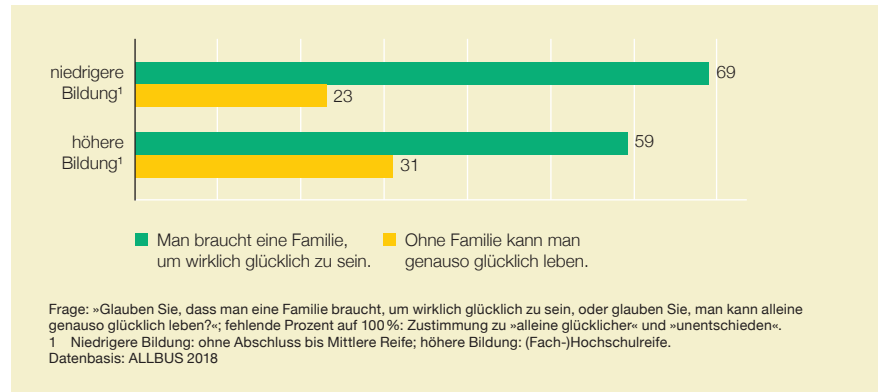
(Fach-)Abitur häufiger, auch ohne Familie glücklich sein zu können. Zudem fanden sich auch fast 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch Einstellungsunterschiede zwischen Menschen aus den alten und den neuen Bundesländern. Während Familie für 63 % der Westdeutschen einen wichtigen Glücksfaktor ausmachte, waren es in Ostdeutschland 74 %. Obwohl also kulturelle Unterschiede seit der deutschen Vereinigung zurückgegangen sind, ist Familie in den neuen Bundesländern weiterhin wichtiger als in den alten. Gemeinsam ist beiden Landesteilen, dass seit den 1990er-Jahren ein Bedeutungsrückgang zu beobachten ist. ▶ [Abb 1](#), [Abb 2](#)

Über die verschiedenen Altersgruppen variierte die Bedeutung von Familie 2018 wenig und war gerade in der jüngeren Generation der 18- bis 29-Jährigen relativ hoch. Vergleichsweise niedrig war sie im Gegensatz dazu bei den 45- bis 59-Jährigen, die sich häufig in einer Familienphase mit eher älteren Kindern befinden, die oft noch im Haus wohnen oder selbst noch keine eigene Familie haben. Unterscheidet man allerdings zusätzlich nach Elternschaft, dann zeigt sich, dass die niedrigere Zustimmung in dieser Altersphase nicht durch Eltern zustande kam, sondern dass Kinderlose in diesem Alter eher zufrieden mit ihrer Situation waren. Damit bestätigen sich Befunde, dass vor allem eine feste Partnerschaft, die das Bedürfnis nach emotionaler Nähe und Vertrauen erfüllt, für die Lebenszufriedenheit in dieser Altersphase entscheidend ist, während der Zuwachs an Lebenszufriedenheit, den jüngere Kinder bewirken, mit deren Älterwerden schwindet. Im Normalfall haben sich 45- bis 59-Jährige im Beruf etabliert und können im Vergleich zu Familien, zum Beispiel bezüglich Reisen und Freizeitgestaltung, mehr Freiheiten genießen, da sie einerseits relativ gesehen mehr Geld zur Verfügung haben und andererseits an weniger Verpflichtungen, zum Beispiel Ferienzeiten, gebunden sind. Sowohl bei Jüngeren als auch bei Älteren waren Kinderlose,

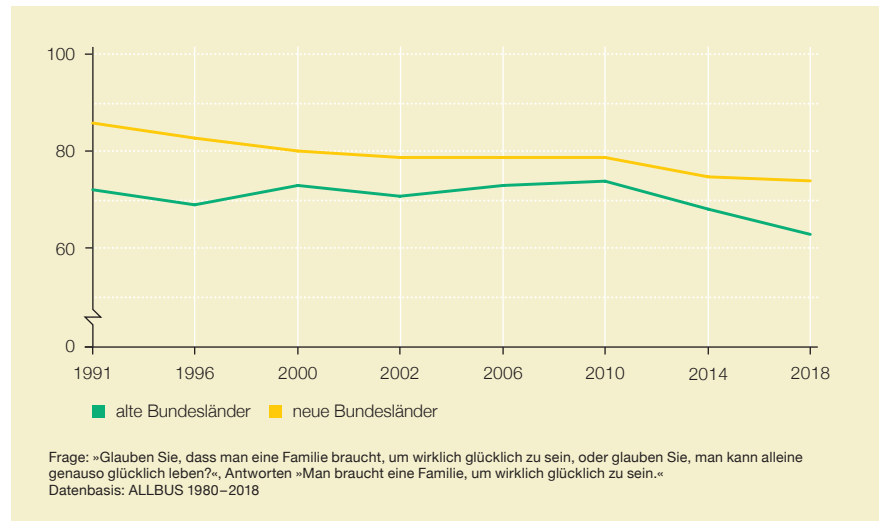
denen Familie wichtig ist, wieder stärker vertreten. Bei Eltern war die Wertschätzung von Familie generell höher als bei Kinderlosen. In beiden Fällen spiegelt sich die eigene Erfahrung in der Bewertung von Familie insofern wider, als das Lebensmodell, das man gewählt hat, auf Dauer auch befürwortet wird. ▶ Tab 1

Eigene Kinder haben einen erheblichen Einfluss darauf, wie wichtig Familie für das eigene Glück eingeschätzt wird. Insofern ist es interessant zu fragen, ob Kinder noch ein fester Bestandteil der eigenen Lebensplanung sind. Die Ergebnisse einer im Jahr 2016 vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Auftrag gegebenen Studie zu Familienleitbildern zeigen, dass Elternschaft in Deutschland eine große Selbstverständlichkeit darstellt, die keiner weiteren Begründung bedarf. Auf die Frage, warum man sich für Kinder entscheidet, antworteten 2016 92 % der jungen Menschen zwischen 24 und 44 Jahren, »weil Kinder einfach zum Leben dazugehören«. Es stellt sich den meisten weniger die Frage, ob man Kinder haben möchte, als die Frage wann, wobei mit steigendem Alter auch die Wahrscheinlichkeit einer lebenslangen Kinderlosigkeit zunimmt. Der Anteil derjenigen, die lebenslang kinderlos bleiben, liegt in

▶ Abb 1 Braucht man eine Familie, um wirklich glücklich zu sein? Zustimmung nach Bildung 2018 – in Prozent



▶ Abb 2 Braucht man eine Familie, um wirklich glücklich zu sein? Zustimmung nach Region 1991–2018 – in Prozent



▶ Tab 1 Braucht man eine Familie, um wirklich glücklich zu sein? Zustimmung nach Altersgruppen und Elternschaft 2018 – in Prozent

	18–29 Jahre		30–44 Jahre		45–59 Jahre		60–74 Jahre		75 Jahre und älter	
Man braucht eine Familie, um wirklich glücklich zu sein.	67		64		61		66		73	
Ohne Familie kann man genauso glücklich leben.	25		26		28		25		22	
	Eltern	Kinderlose	Eltern	Kinderlose	Eltern	Kinderlose	Eltern	Kinderlose	Eltern	Kinderlose
Man braucht eine Familie, um wirklich glücklich zu sein.	75	66	69	53	67	39	69	49	74	67
Ohne Familie kann man genauso glücklich leben.	13	27	23	33	24	43	23	40	21	28

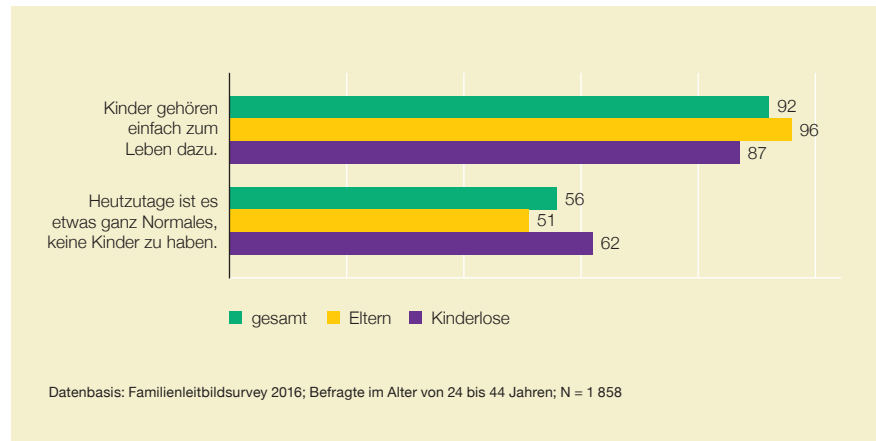
Frage: »Glauben Sie, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein, oder glauben Sie, man kann alleine genauso glücklich leben?«; fehlende Prozent auf 100 %: Zustimmung zu »alleine glücklicher« und »unentschieden«.
 Datenbasis: ALLBUS 2018

Deutschland im internationalen Vergleich relativ hoch, weshalb auch die Akzeptanz von Kinderlosigkeit näher betrachtet werden soll. Im Jahr 2016 bejahten 56 % der Menschen zwischen 24 und 44 Jahren die Frage, ob es heutzutage etwas ganz Normales sei, keine Kinder zu haben. Auch hier fanden sich Unterschiede je nachdem, ob man selbst Kinder hat oder nicht, und zwar insofern, als wieder die eigene Lebenssituation die Beurteilung mit beeinflusst: Ungefähr die Hälfte der Eltern (51%), aber über 60% der Kinderlosen hielten Kinderlosigkeit für eine gesellschaftliche Normalität. Der Selbstverständlichkeit, Kinder zu haben, steht in Deutschland somit eine hohe soziale Akzeptanz von Kinderlosigkeit gegenüber. ▶ Abb 3

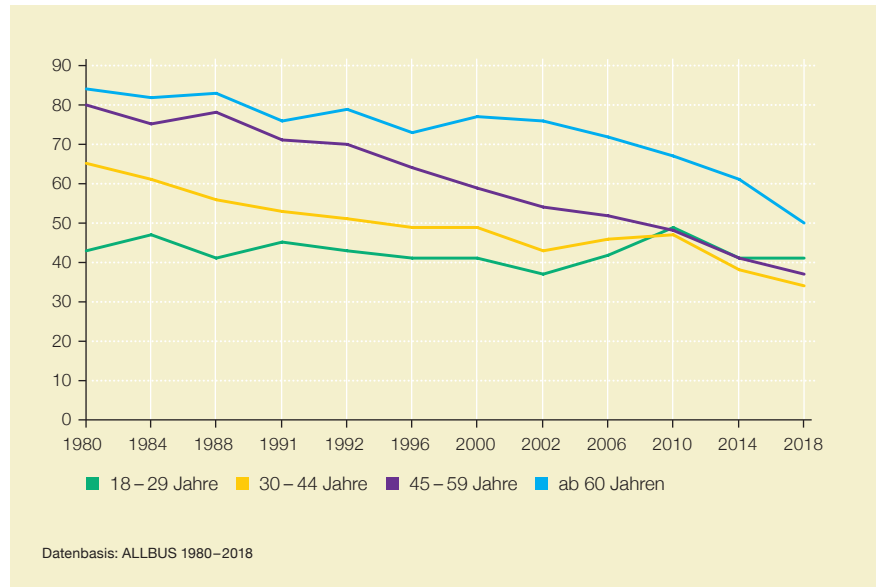
12.2.2 Einstellungen zu Lebensformen

Die aktuelle gesellschaftliche Debatte um Familie dreht sich auch um die Vielfalt von Lebensformen. Damit sind Lebensformen neben der Ehe von Mann und Frau mit eigenen Kindern gemeint. Diese Lebensmodelle werden zunehmend in der Öffentlichkeit sichtbar und gewinnen auch zahlenmäßig an Bedeutung, was wiederum zur Frage führt, ob das mit einem Bedeutungsverlust von Ehe gleichgesetzt werden muss. Die Ansicht, dass man heiraten sollte, wenn man dauerhaft zusammenlebt, vertreten tatsächlich stetig weniger Menschen. Während im Jahr 1980 noch mehr als zwei Drittel (68 %) der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland die Ehe befürworteten, waren es im Jahr 2018 noch 41 %. Es lohnt sich aber, den Zeitverlauf etwas differenzierter zu betrachten. Dabei zeigt sich, dass Menschen unter 30 Jahren über alle Dekaden hinweg der Ehe am distanziertesten gegenüberstanden: Zu jedem Zeitpunkt akzeptierte mehr als die Hälfte partnerschaftliches Zusammenleben auch ohne Ehe. Über die Zeit hinweg folgten die anderen Altersgruppen dieser Einschätzung. Die 30- bis 44-Jährigen näherten sich diesem Meinungsbild bis Mitte der 1990er-Jahre an, sodass ab dann zwei Gruppen unterschieden werden konnten:

▶ Abb 3 Gehören Kinder zum Leben dazu? Zustimmung nach Elternschaft 2016 – in Prozent



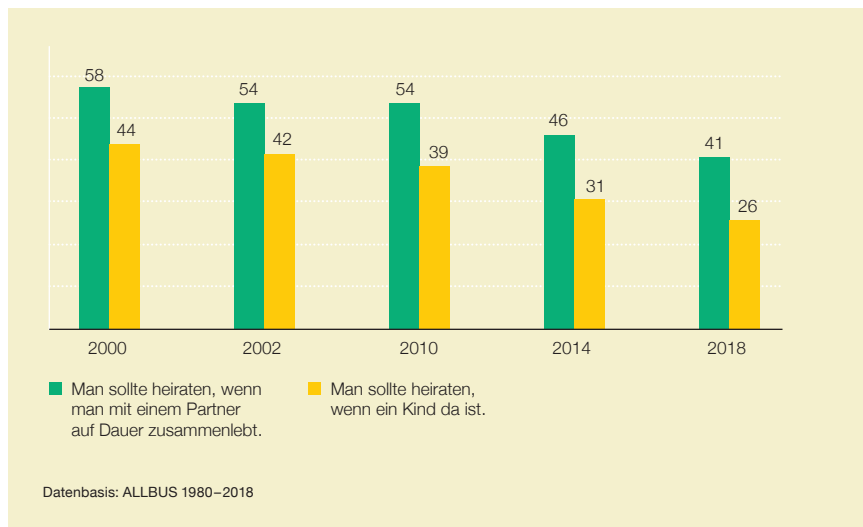
▶ Abb 4 Sollte man heiraten, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt? Zustimmung nach Altersgruppen 1980–2018 – in Prozent



die beiden jüngeren Altersgruppen, die eine distanziertere Haltung gegenüber der Ehe aufwiesen, und die beiden höheren Altersgruppen mit einer stärkeren Akzeptanz. Ab Mitte der 1990er-Jahre glichen sich langsam auch die 45- bis 59-Jährigen der jüngeren Gruppe an, während die Ältesten sich erst in den vergangenen Jahren stark annäherten und so in der gesamten Bevölkerung allmählich eine ähnliche Meinung vorherrscht. ▶ Abb 4

Mit der Familiengründung beginnt für eine Partnerschaft eine neue Phase, in der nicht mehr nur das Paar im Mittelpunkt steht, sondern auch für Dritte Verantwortung übernommen werden muss. Die Ehe bietet mit ihren gesetzlich geregelten Ansprüchen und Verpflichtungen dafür einen Rahmen, der zusätzlich ein Gefühl von Sicherheit vermitteln kann. Insofern können Kinder einen wichtigen Grund für eine Ehe darstellen. Es zeigt

► **Abb 5** Heiraten, »wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt« oder »wenn ein Kind da ist«, Zustimmung 2000–2018 — in Prozent



sich aber, dass in den Augen der Bevölkerung Kinder sogar seltener ein Heiratsgrund sind als das Zusammenleben eines Paares. Seit dem Jahr 2000 hat der Anteil derjenigen, die Kinder als einen Grund für eine Eheschließung ansehen, von 44 auf 26 % abgenommen. In der gesamten Zeit lagen die Zustimmungswerte unter denen des dauerhaften Zusammenlebens als Heiratsgrund. Eine Erklärung dafür könnten unter anderem die rechtlichen Regelungen sein, die eine Eheschließung automatisch mit sich bringt, zum Beispiel zum ehelichen Unterhalt oder zum Rentenausgleich, und die nicht vollständig auf nicht eheliche Lebensgemeinschaften übertragen wurden, sowie auch steuerlich bedingte ökonomische Vorteile. Bei nicht ehelichen Kindern wurde vieles schon früher geregelt, zum Beispiel die Anerkennung von Erbschaftsansprüchen, so dass hier die Vorteile einer Eheschließung der Eltern nicht mehr in diesem Maße vorhanden sind. ► [Abb 5](#)

Die Ehe ist zunehmend zu einer Option neben anderen Lebensformen geworden und hat an subjektiver Bedeutung eingebüßt. Das muss jedoch nicht automatisch zum Umkehrschluss führen, dass neue Lebensformen im gleichen Maße ak-

zeptiert werden. Während das Zusammenleben als Paar weitgehend als Privatangelegenheit betrachtet wird, wird das Thema Elternschaft in alternativen Lebensformen kontrovers diskutiert, da Familie auch als Sozialisationsort der nachkommenden Generation Bedeutung hat. Insofern lässt sich gerade an der Einstellung zur Elternschaft in Lebensformen neben der Ehe deren Akzeptanz besonders gut messen. Zum Beispiel waren 66 % der Bevölkerung 2017 der Meinung, dass Partner in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften ebenso gute Eltern seien wie heterosexuelle Paare. Auch hier spielen die Jüngeren wieder eine herausragende Rolle: 81 % der 15- bis 29-Jährigen stimmten der Aussage zu, während dies in der mittleren Altersgruppe (30–49 Jahre) 67 % und bei den über 50-Jährigen 61 % taten.

12.2.3 Zusammenfassung und Ausblick

Auch angesichts vieler Optionen der Lebensgestaltung haben Familie und Kinder als wichtige Elemente für das persönliche Wohlbefinden weiterhin Bestand in unserer Gesellschaft. Ihre Bedeutung für die Gesellschaft und den Einzelnen wird anerkannt und geschätzt, wenn auch je

nach eigener Lebenssituation mit geringfügigen Unterschieden. Kinder zu haben ist eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, der gleichzeitig eine hohe Toleranz gegenüber Kinderlosen gegenübersteht, die ebenfalls von vielen als gesellschaftliche Normalität empfunden werden. Für die Institution der Ehe zeigt sich seit den 1980er-Jahren ein deutlicher Rückgang ihrer Bedeutung und eine Ablösung ihrer normativen Verbindung zu Elternschaft. Gleichzeitig haben Lebensformen neben der Ehe eine zunehmende Akzeptanz erfahren.

12.3 Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Frau und Mann

Sabine Diabaté

Bundesinstitut für
Bevölkerungsforschung (BiB)

Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist in Deutschland im Artikel 3 des Grundgesetzes seit 1958 festgeschrieben. Dennoch existieren bis heute Rollenvorstellungen und damit einhergehende Arbeitsteilungen, die eine Gleichstellung beide Geschlechter erschweren. Die Überwindung von Rollenstereotypen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft steht im Mittelpunkt der heutigen Gleichstellungspolitik. Die systematische Erforschung der Geschlechterverhältnisse in der Soziologie ist deshalb wichtig, um die gesellschaftliche Entwicklung hinsichtlich der Gleichstellung besser bewerten zu können. Zentrale Indikatoren zur Einstellung bezüglich Gleichstellung und Rollenverteilung von Frau und Mann werden in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) immer wieder erhoben. Die langen Zeitreihen erlauben einen Vergleich zwischen den Befragungswellen und ermöglichen es, die Entwicklung der Gleichstellung zwischen Frau und Mann in Deutschland einzuschätzen. ► [Info 1](#)

Im Folgenden wird näher untersucht, wie sich die Rollenvorstellungen zu Frauen und Männern innerhalb der Familie seit den 1990er-Jahren verändert haben. Die Darstellung dieser Einstellungen ist deshalb wichtig, weil sie das gesellschaftliche Klima und die Geschlechterkultur Deutschlands repräsentieren. In einem ersten Schritt wird die Zustimmung zur Aussage »Die Aufgabe des Ehemannes ist

es, Geld zu verdienen, die der Ehefrau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern« im Zeitverlauf dargestellt. Dazu werden auch Vergleiche hinsichtlich sozialstruktureller Aspekte wie Geschlecht, Bildung, Wohnort oder Altersgruppe gezogen. In einem weiteren Schritt werden aus dem Familienleitbildsurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung von 2016 Einstellungen zur Rollenverteilung innerhalb der Familie zwischen Müttern und Vätern dargestellt.

12.3.1 Geschlechtliche Aufgabenteilung im Zeitverlauf

Mit der Zustimmung zur Aussage »Die Aufgabe des Ehemannes ist es, Geld zu verdienen, die der Ehefrau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern« wird die geschlechtliche Arbeitsteilung gemessen, also wie die Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Frau und Mann aus Sicht der Befragten verteilt werden soll. Anhand der Zustimmung zu dieser Aussage lässt sich über die vergangenen Jahrzehnte nachzeichnen, wie sich in Deutschland schrittweise auf Gleichstellung zielende Denkweisen ausgebreitet haben. Im Folgenden werden die Zustimmung und Ablehnung hinsichtlich eines klassischen, tradierten Rollenverständnisses dargestellt. Egalitäre Einstellung bedeutet, dass nicht nach den Geschlechtern differenziert wird, sondern eine gleichberechtigte Aufgabenteilung angestrebt wird. Ein traditionelles Rollenverständnis hingegen

► Info 1

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) ist eine repräsentative Querschnittserhebung, die vom Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS) in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wird. Die erste Umfrage fand 1980 statt und wird seitdem in einem Abstand von zwei Jahren wiederholt. Befragt werden pro Welle um die 2 400 in Deutschland lebende wahlberechtigte Personen. Neben einem festen Fragenkatalog, der unter anderem demografische Angaben zu den Befragten und ihren Haushaltsmitgliedern erfasst, gibt es mit jeder Erhebungswelle bestimmte Themenschwerpunkte, beispielsweise die politische Einstellung, Partnerschaft und Familie oder die Einstellung zu sozialer Ungleichheit. Zusammen mit dieser Umfrage werden oftmals auch Daten für das International Social Survey Programme (ISSP) erhoben. Das in diesem Kapitel verwendete Item »Die Aufgabe des Ehemannes ist es, Geld zu verdienen, die der Ehefrau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern« ist Bestandteil dieser ISSP-Daten.

Weitere Informationen zu den ALLBUS-Daten unter: www.gesis.org/allbus/allbus

meint eine ungleiche, komplementäre Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit: Die Frau soll primär zu Hause sein und sich um Haushalt und Kindern kümmern, während der Mann vor allem für das Einkommen der Familie sorgt und sich daher auch weniger zu Hause einbringt. Die Berufskarriere der Frau hat in diesem tradierten Rollenverständnis eine untergeordnete Rolle.

In Tabelle 1 zeigt sich eine starke Veränderung: Seit 1991 hat sich das traditionelle Rollenverständnis stark reduziert, die Zustimmung (»stimme voll zu« und »stimme eher zu«) sank von 28 % im Jahr 1991 auf 11 % im Jahr 2018. Während in den 1990er-Jahren, etwa im Jahr 1994, immerhin noch fast ein Drittel der Bevölkerung traditionelle Denkmuster aufwies, ist dieser Anteil zu Beginn des neuen Jahrtausends auf rund ein Fünftel gefallen (2002: 21 %) und bis 2018 auf gut ein Zehntel gesunken. Im Jahr 2018 vertrat die Hälfte der Bevölkerung eine uneingeschränkt egalitäre Sicht auf die Rollenverteilung (»stimme gar nicht zu«: 48 %); 1991 war dieser Anteil mit lediglich einem Fünftel (22 %) noch deutlich geringer. Fasst man die beiden Ablehnungskategorien zusammen, zeigt sich ein Anstieg von 55 % (1991) auf 72 % (2018). ▶ Tab 1

12.3.2 Geschlechtliche Arbeitsteilung nach sozialstrukturellen Merkmalen

In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Meinung zur geschlechtlichen Arbeitsteilung stark verändert. Betrachtet man die Bevölkerung nach verschiedenen sozialstrukturellen Merkmalen, zeigen sich interessante Unterschiede. Zunächst lassen sich Geschlechterdifferenzen feststellen: Männer wiesen seit den 1990er-Jahren konstant etwas höhere Zustimmungswerte zum traditionellen Rollenverständnis auf als Frauen, der Abstand zu den Frauen hat sich sogar über die Jahrzehnte etwas vergrößert. ▶ Tab 2

Auch bei den verschiedenen Schulabschlüssen gibt es Auffälligkeiten. Über alle Untersuchungsjahre hinweg vertraten die

▶ Tab 1 Entwicklung der Zustimmung zur Aussage »Die Aufgabe des Ehemannes ist es, Geld zu verdienen, die der Ehefrau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern« 1991–2018 — in Prozent

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme nicht zu	Stimme gar nicht zu
	traditionell			egalitär	
1991	8	20	16	33	22
1994	10	19	13	36	22
2002	7	14	14	38	28
2008	8	15	19	24	33
2012	7	10	11	35	37
2018	4	7	17	24	48

Bevölkerung ab 18 Jahren.
Quelle: ALLBUS 1991, 1994, 2002, 2008, 2012, 2018

▶ Tab 2 Die Entwicklung eines traditionellen Rollenverständnisses im Zeitverlauf nach Geschlecht, Bildung, Wohnort und Alter 1991–2018 — in Prozent

	Zustimmung zur Aussage »Die Aufgabe des Ehemannes ist es, Geld zu verdienen, die der Ehefrau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern«		
	1991	2008	2018
Geschlecht			
Mann	30	25	14
Frau	27	21	8
Schulabschluss			
Hauptschule/kein Abschluss	43	37	25
Mittlere Reife	18	15	7
(Fach-)Abitur	13	13	6
Erhebungsgebiet			
alte Bundesländer	34	26	12
neue Bundesländer	23	12	7
Alter			
18–30 Jahre	15	16	10
31–50 Jahre	20	16	9
51–64 Jahre	36	21	9
65 Jahre und älter	57	42	17

Bevölkerung ab 18 Jahren; Interpretationsbeispiel: Im Jahr 2008 stimmten 25 % der Männer der Aussage zu, dass Männer Geld verdienen und Frauen sich um den Haushalt kümmern sollten. Die Antwortkategorien »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu« wurden zusammengefasst und ergeben in Summe die zusammengefasste Zustimmung.
Quelle: ALLBUS 1991, 2008, 2018

Befragten ohne Abschluss beziehungsweise mit Hauptschulabschluss am häufigsten ein traditionelles Rollenverständnis, wengleich sich die Zustimmung dazu im Zeitverlauf halbiert hat (1991: 43 %; 2018: 25 %). Die Zustimmung dazu nimmt mit steigendem formalen Bildungsabschluss ab. Am seltensten traditionell eingestellten Personen mit (Fach-)Abitur. Über

die Jahre reduzierte sich auch der Abstand zwischen Befragten mit mittlerem Abschluss und (Fach-)Abitur. Zu den Personen mit niedrigem formalen Abschluss blieb im Zeitverlauf eine größere Diskrepanz bestehen.

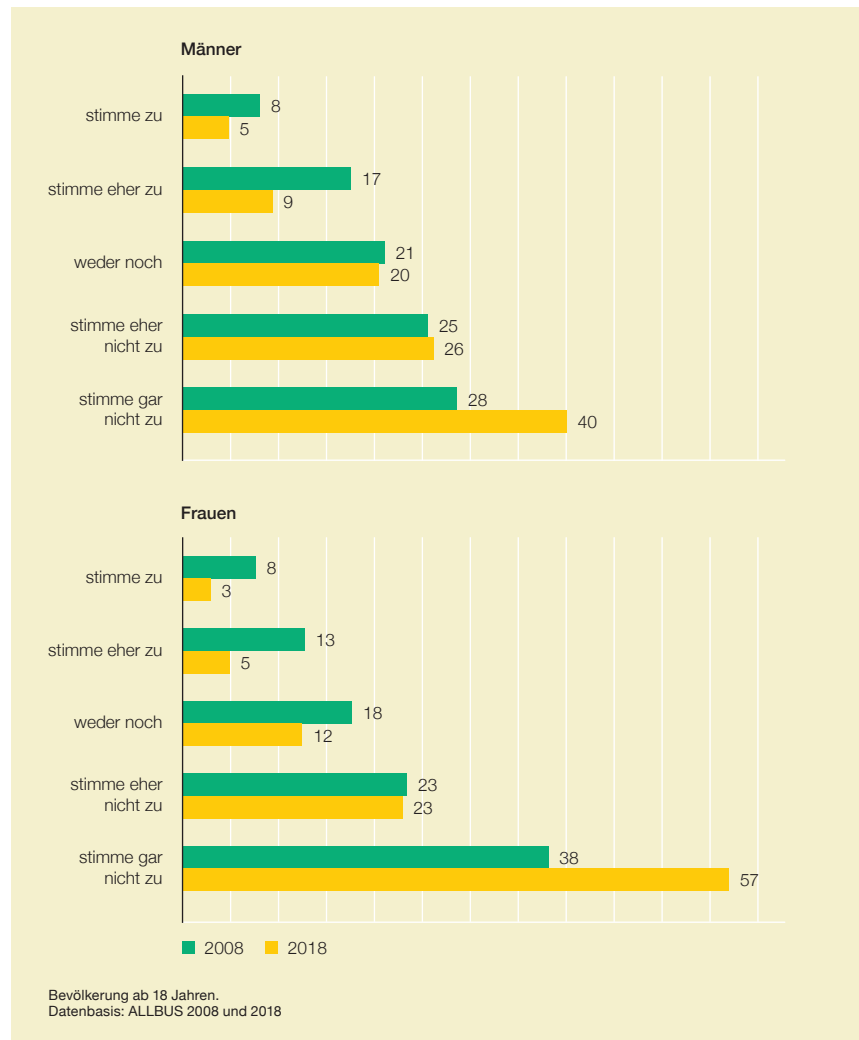
Auch hinsichtlich des Wohnorts ergaben sich Unterschiede, die sich seit den 1990er-Jahren konstant halten: Westdeutsche

hatten deutlich häufiger ein traditionelles Rollenverständnis als Ostdeutsche, auch 2018 stimmten Personen aus den alten Bundesländern nahezu doppelt so oft der Aussage zu, dass es die Aufgabe des Ehemannes sei, Geld zu verdienen, und die der Ehefrau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.

Hinsichtlich der Altersgruppen haben sich über die Jahre hinweg starke Veränderungen ergeben. Stabil in allen Erhebungsjahren blieb der signifikant höhere Anteil an traditionell Eingestellten unter den Personen im Alter von 65 Jahren und älter, wobei dieser von 57% im Jahr 1991 auf nur 17% im Jahr 2018 gesunken ist. Insgesamt zeigt sich auch, dass die Generationenabstände sehr viel geringer geworden sind: Während 1991 noch zwischen den jüngsten Befragten und denen ab 51 Jahren mehr als 20 Prozentpunkte lagen, ist dieser Abstand schon im Jahr 2008 auf nur noch 5 Prozentpunkte gesunken. Im Jahr 2018 hat sich der Anteil aller Befragten zwischen 18 und 64 Jahren mit 9% nahezu angeglichen.

In Abbildung 1 wird das traditionelle Rollenverständnis für beide Geschlechter getrennt dargestellt, um die fünfstufigen Antwortmuster etwas differenzierter betrachten zu können. Deutlich werden hier auch die Entwicklungen über einen Zehnjahreszeitraum von 2008 zu 2018. Es zeigt sich, dass etwa ein Fünftel der Männer und ein Sechstel bis ein Achtel der Frauen im Zeitverlauf »weder noch« angegeben haben. Die Unentschlossenheit, sich für eine Zustimmung oder Ablehnung zu entscheiden, sich also klar zu positionieren, ist vermutlich Ausdruck des Umbruchs und der damit verbundenen Unsicherheit bezüglich der Geschlechterrollen in Deutschland. Die Unsicherheit erscheint bei Männern etwas größer und andauernder. Die Frauen verzeichneten 2018, im Vergleich zu 2008, den höchsten Zuwachs bei denjenigen, die eine traditionelle Aufgabenteilung absolut ablehnen, von 38 auf 57%. Bei den Männern ist dieser Trend auch zu sehen, allerdings etwas schwächer, von 28 auf 40%. ▶ [Abb 1](#)

► **Abb 1** Zustimmung zur Aussage »Die Aufgabe des Ehemannes ist es, Geld zu verdienen, die der Ehefrau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern« bei Männern und Frauen 2008–2018 — in Prozent



12.3.3 Leitbilder zu Mutterschaft und Vaterschaft in Deutschland

Ein gleichermaßen entscheidender Indikator für die Geschlechterrollenvorstellungen ist die Bewertung der Konsequenzen für die Eltern-Kind-Beziehung, wenn Mütter erwerbstätig sind und in welchem Umfang. Egalitäre Einstellungen bedeuten in diesem Kontext, dass die Konsequenzen als nicht negativ eingestuft werden. Gibt es hingegen Vorbehalte gegenüber erwerbstätigen Müttern, weil man

dadurch negative Folgen für die Entwicklung des Kindes befürchtet, wird dies als traditionelle Haltung eingeordnet. ▶ [Info 2](#)

In Tabelle 3 werden fünf Aussagen aus dem Familienleitbildsurvey von 2016 dargestellt, die das Rollenverständnis zur Mutterschaft für 24- bis 43-jährige Deutsche erfassen. In der Spalte »Gesamt« zeigt sich eine überwiegende Zustimmung zur Aussage, dass Mütter nachmittags ihren Kindern beim Lernen helfen sollten. Nach Geschlecht stimm-

► Info 2

Studie »Familienleitbilder in Deutschland«

Familienleitbilder sind Vorstellungen davon, wie Familienleben normalerweise aussieht oder idealerweise aussehen sollte. Diese Vorstellungen können sich auf die Familie im Allgemeinen beziehen, zum Beispiel mit Aussagen wie »Eine Familie hält immer zusammen« oder »Familie, das ist ein verheiratetes Paar mit Kindern«. Sie können sich aber auch auf einzelne Aspekte des Familienlebens beziehen, etwa auf Partnerschaft (»In einer Partnerschaft sollte kein Partner sehr viel älter sein als der andere.«), Elternschaft (»Eine Mutter mit einem zweijährigen Kind, die ganztags arbeitet, kann keine gute Mutter sein.«) oder auf die Familienbiografie (»Bevor man heiratet, sollte man eine Weile zusammengewohnt haben.«). Oft sind die Vorstellungen bildhaft, das heißt, Menschen malen sich in Gedanken aus, wie eine »normale Familie« aussieht. Oft ist die Vorstellung einem unbewusst, das heißt, man trägt manche Leitbilder in sich, ohne jemals hinterfragt zu haben, ob Familie nicht auch ganz anders aussehen könnte. Es ist davon auszugehen, dass die meisten Familienleitbilder von verhältnismäßig vielen Menschen innerhalb einer Gesellschaft oder zumindest innerhalb einer bestimmten sozialen Gruppe geteilt werden. Ostdeutsche könnten typischerweise andere Familienleitbilder haben als Westdeutsche, Junge andere als Ältere, Konfessionslose andere als Religiöse, in der Großstadt Lebende andere als Menschen in ländlichen Gemeinden. Daher wird im Familienleitbildsurvey, der im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung bundesweit erhoben wird, auch nach kulturellen Familienleitbildern gefragt, die charakteristisch für Gesellschaften, Regionen, Generationen oder soziale Milieus sind. Dazu wurden insgesamt 5 000 Personen im Alter von 20 bis 39 Jahren erstmals 2012 telefonisch befragt, im Jahr 2016 im Alter von 24 bis 43 Jahren ein weiteres Mal. Insgesamt 1 858 Personen nahmen an beiden Umfragen teil.

Mehr zur Studie unter: www.bib.bund.de/leitbild

► **Tab 3 Zustimmung zum Rollenverständnis bezüglich der Mutterschaft 2016**
– in Prozent

Aussagen	Gesamt	Mann	Frau	West	Ost
»Mütter sollten nachmittags Zeit haben, um ihren Kindern beim Lernen zu helfen.«	66	57	74	67	62
»Mütter sollte einem Beruf nachgehen, um unabhängig vom Mann zu sein.«	83	76	88	81	88
»Eine Mutter, die nur zu Hause ist und sich um ihre Kinder kümmert, wird irgendwann unzufrieden.«	71	66	74	69	77
»Eine Mutter sollte, wenn möglich, überhaupt nicht erwerbstätig sein.«	3	4	3	4	2
»Eine Mutter mit einem zweijährigen Kind, die ganztags arbeitet, kann keine gute Mutter sein.«	15	14	16	18	6

Bevölkerung von 24 bis 43 Jahren. Antworten »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«.
Datenbasis: FLB Familienleitbildsurvey 2016

ten dem deutlich mehr Frauen als Männern zu: 74 gegenüber 57 %. Auch etwas mehr West- als Ostdeutsche waren dieser Ansicht. Gleichzeitig waren insgesamt rund 83 % der Meinung, dass Mütter einem Beruf nachgehen sollten, um unabhängig vom Mann zu sein. 76 % der Männer stimmten dem eher beziehungsweise voll zu, während es bei den Frauen sogar rund 88 % waren. Westdeutsche waren auch hier etwas traditioneller eingestellt als die Ostdeutschen, was auch

auf die ostdeutsche Prägung zurückzuführen sein dürfte: In der DDR gingen Mütter zumeist einem Beruf nach, während dies in Westdeutschland früher häufig nicht der Fall war. Dementsprechend stimmten auch mit 69 % deutlich weniger Westdeutsche als Ostdeutsche (77 %) der Aussage zu, dass Mütter, die nur zu Hause sind und sich um ihre Kinder kümmern, irgendwann unzufrieden würden. Auch hier zeigten sich die männlichen Befragten mit 66 % deutlich

traditioneller eingestellt als die weiblichen Befragten mit 74 %. ► Tab 3

Eine vollständige Ablehnung der Erwerbstätigkeit von Müttern ist hingegen ganz selten, sie lag über alle Gruppen hinweg bei 2 bis 4 %. Geht es dagegen um den Umfang der Erwerbstätigkeit von Müttern, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen größer. Deutlich wird dies, wenn man die Zustimmungswerte zur Aussage betrachtet, dass eine Mutter von einem zweijährigen Kind, die ganztätig arbeitet, keine gute Mutter sein könne. Während immerhin 18 % der Befragten in den alten Bundesländern diese Meinung vertrat, waren es unter den Befragten der neuen Bundesländer lediglich 6 %.

Für Männer und Frauen getrennt ist kaum ein Unterschied bezüglich der Haltung zum Erwerbsumfang der Mutter feststellbar. Hieraus wird ersichtlich, dass sich in Ost- und Westdeutschland jeweils unterschiedliche Mutterleitbilder herausgebildet haben, die sich auch in unterschiedlichen Kinderbetreuungsnormen manifestieren. Insgesamt zeigen sich in Teilen der jüngeren Bevölkerung von 24 bis 43 Jahren noch Bestandteile eines traditionellen Mutterleitbildes, das nicht unbedingt eine komplette Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern vorsieht, jedoch immerhin eine teiltraditionelle beziehungsweise teilegalitäre Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit, die mit einer Teilzeiterwerbstätigkeit bei Müttern einhergeht, aber keiner Erwerbstätigkeit in größerem Umfang oder in Vollzeit.

In Tabelle 4 werden fünf Aussagen zur Messung von Einstellungen zur Vaterschaft dargestellt. Zunächst zeigt sich für die Aussage, dass es für ein Kind problematisch sei, wenn der Vater die Erziehung allein der Mutter überlässt, eine eher hohe Zustimmung, die zwischen 85 und 87 % lag. Zudem fand über die Hälfte aller Befragten, dass Väter beruflich für ihre Kinder beruflich kürzertreten sollten. Während sich West und Ost hier kaum unterschieden, waren deutlich weniger Frauen (57 %) als Männer (67 %) dafür, dass Väter beruflich kürzertreten. Eine prinzipielle Beteiligung an der Kinderbetreuung von

Vätern scheint jedoch überwiegend erwünscht: Zur Aussage »Der Vater sollte sich genauso stark an der Kinderbetreuung beteiligen wie die Mutter« zeigten nur die Frauen (82 %) und die Westdeutschen (84 %) etwas geringere Zustimmung, jedoch auf hohem Niveau; bei den Ostdeutschen lag der Anteil mit 92 % am höchsten. Der Vereinbarkeitsanspruch von Erwerbsarbeit und Familienarbeit wird auch hier von der Mehrheit der Befragten für Väter formuliert, das Leitbild des »Neuen Vaters« wird von vielen geteilt. ▶ Tab 4

Jedoch herrscht in Teilen der jüngeren Bevölkerung parallel auch noch das klassische männliche Alleinverdienermodell vor. Das traditionelle Vaterleitbild des »Ernährers« wurde von einem Viertel der jungen Erwachsenen favorisiert: Bei Männern dachte sogar fast jeder Dritte so, bei den Frauen jede Fünfte. Bei den Westdeutschen vertraten diese Ansicht doppelt so viele wie bei den Ostdeutschen. Etwas seltener wurde der Aussage zugestimmt, dass es nicht in der »Natur des Mannes« liege, Hausmann zu sein. Insgesamt lag die Zustimmung hier bei knapp über einem Fünftel der Befragten; lediglich bei den Frauen war der Anteil mit rund einem Viertel etwas höher.

12.3.4 Vorstellungen zur idealen Arbeitszeit für Mütter und Väter

Mit den Daten des Familienleitbildsurvey wurden auch die Erwerbsideale von jungen Deutschen gemessen. Für Paare mit einem zweijährigen Kind gilt heute das flexible Zweiverdienermodell als ideales Leitbild der Arbeitsteilung. Insgesamt sagten die Befragten mit großer Mehrheit (84 %), dass Mütter von Kleinkindern arbeiten sollten; fast alle (99,8 %) sagten, dass Väter arbeiten sollten.

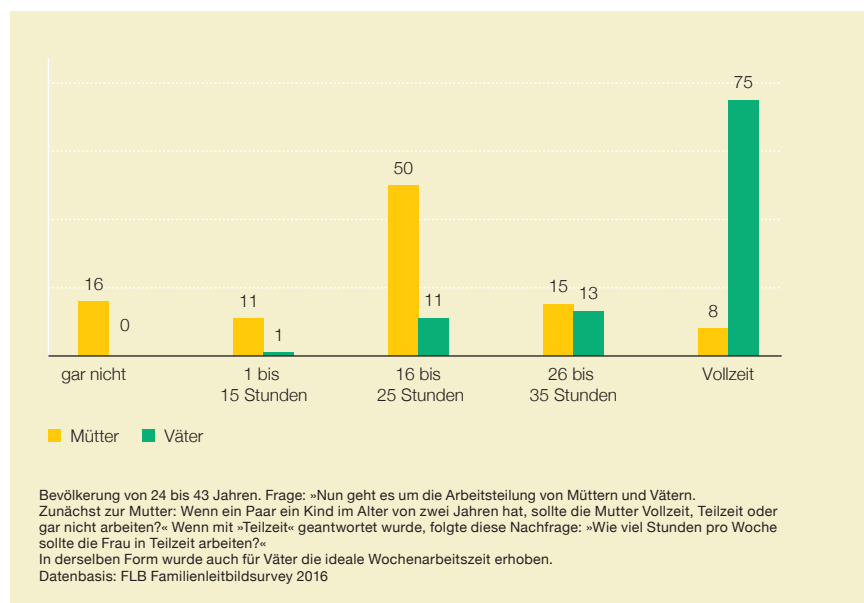
Allerdings gibt es große Unterschiede bei der Erwerbsarbeitszeit: Für Mütter gilt Teilzeitarbeit als verbreitetes Ideal, für die Väter Vollzeitarbeit. Die Hälfte der jungen Erwachsenen nannte 16 bis 25 Stunden als ideale Arbeitszeit für Mütter mit einem zweijährigen Kind, 15 % nannten eine vollzeitnahe Teilzeitbeschäfti-

▶ Tab 4 Zustimmung zum Rollenverständnis bezüglich der Vaterschaft 2016 – in Prozent

Aussagen	Gesamt	Mann	Frau	West	Ost
»Für ein Kind ist es problematisch, wenn der Vater die Erziehung allein der Mutter überlässt.«	86	87	85	86	87
»Väter sollten für ihre Kinder beruflich kürzerzutreten.«	61	67	57	61	60
»Es liegt nicht in der Natur des Mannes, Hausmann zu sein.«	22	20	25	22	23
»Ein Mann muss seine Familie allein ernähren.«	26	33	20	29	14
»Der Vater sollte sich genauso stark an der Kinderbetreuung beteiligen wie die Mutter.«	86	90	82	84	92

Bevölkerung von 24 bis 43 Jahren. Antworten »stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu«.
Datenbasis: FLB Familienleitbildsurvey 2016

▶ Abb 2 Ideale Wochenarbeitszeit für Mütter und Väter mit einem zweijährigen Kind – in Prozent

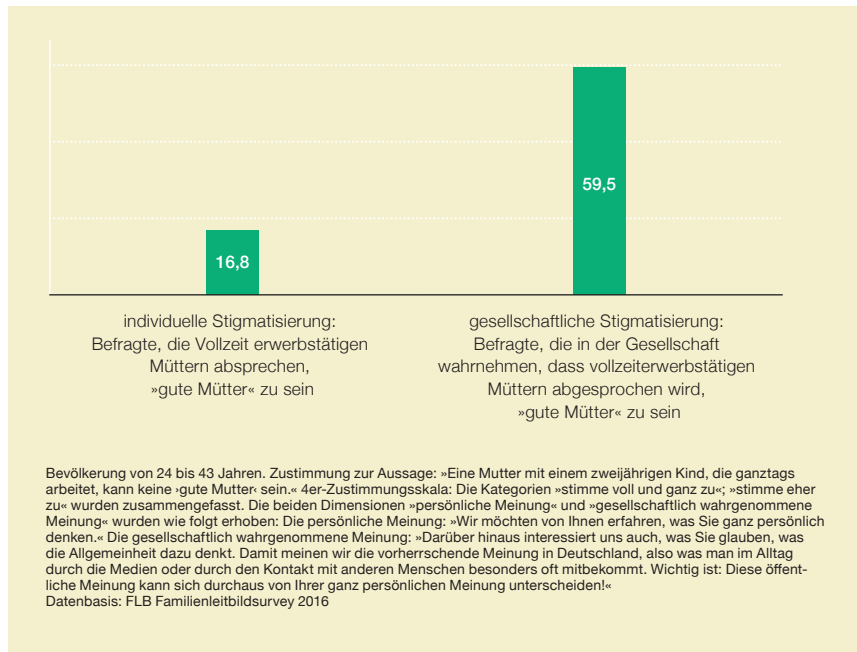


gung und 11 % eine geringfügige. Nur 8 % der Befragten fanden in dieser Familienphase eine Vollzeitbeschäftigung für Mütter ideal (bei älteren Kindern war dieser Wert höher). Für die Väter bezeichneten dagegen 75 % der Befragten eine Vollzeit- arbeit als ideal, immerhin 13 % nannten eine vollzeitnahe Teilzeitbeschäftigung und 11 % eine Halbtagsstätigkeit. Eine reduzierte Erwerbsarbeitszeit (bis maximal 35 Stunden) für Väter wurde damit nur von knapp einem Viertel der Befragten als ideal angesehen. ▶ Abb 2

12.3.5 Akzeptanz von vollzeiterwerbstätigen Müttern

In Anlehnung an die zuvor beschriebenen Mutterleitbilder wird im Folgenden das Image von vollzeiterwerbstätigen Müttern genauer in den Blick genommen, die vor allem für Westdeutschland ein eher neues Phänomen repräsentieren. Die Mutterrolle stellt jede erwerbstätige Frau vor die Herausforderung, das Familien- und Berufsleben unter einen Hut zu bekommen. Vergleicht man die persönliche Meinung mit der in der Gesellschaft wahrge-

► **Abb 3** Individuelle und gesellschaftlich wahrgenommene Stigmatisierung von Vollzeitberwerbstätigkeit bei Müttern von zweijährigen Kindern 2016 – in Prozent



nommenen Meinung zu erwerbstätigen Müttern mit kleinen Kindern, dann zeigt sich eine noch weitverbreitete Stigmatisierung (»Rabenmutter«) in der Gesellschaft: Über die Hälfte aller Befragten beobachtete 2016 in der Öffentlichkeit eine moralische Verurteilung von vollzeiterwerbstätigen Müttern zweijähriger Kinder. ► **Abb 3**

Demgegenüber stand gerade einmal ein Sechstel aller Befragten, die diese Stigmatisierung auch persönlich teilen. Hier wird eine deutliche Kluft zwischen der eigenen Meinung und dem wahrgenommenen Stimmungsbild in Deutschland sichtbar. Es ist davon auszugehen, dass die gesellschaftlich wahrgenommene Stigmatisierung auch das Verhalten oder die Zufriedenheit von Eltern beeinflusst. Eine ganztägig berufstätige Mutter eines kleinen Kindes könnte sich in ihrer Wahlfreiheit eingeengt fühlen, weil sie mit ihrem eigenen Lebensentwurf im Alltag aneckt oder sogar von anderen dafür verurteilt wird. Dies alles könnte zu einem schlechten Gewissen führen oder auch eine Entscheidung zur Arbeitszeitreduktion begünstigen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Mutterrolle immer noch von einer Überhöhung und von einer starken Kindzentrierung geprägt ist, die von Müttern, weniger von Vätern, ein großes Maß an Aufopferung und Verantwortung fordern. Junge Frauen sind daher häufig innerlich »zerrissen« zwischen dem Anspruch, eine »gute« Mutter und gleichzeitig unabhängig von ihrem Partner zu sein. Die Erfüllung im Beruf und die damit verbundene Autonomie konkurriert mit den Anforderungen an die Mutterrolle.

12.3.6 Fazit

Auch drei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung lassen sich für Ost- und Westdeutschland erhebliche Unterschiede in den Einstellungen hinsichtlich der geschlechtlichen Aufgabenteilung erkennen: Ostdeutsche stimmen deutlich seltener der traditionellen Rollenverteilung zwischen Frau und Mann zu als Westdeutsche. Auch bleiben Geschlechterunterschiede seit Jahrzehnten stabil bestehen: Frauen sind einerseits etwas seltener

traditionell eingestellt, gleichzeitig scheint es unter Frauen auch häufiger den Anspruch zu geben, sich primär um die Familienarbeit zu kümmern. Bei der Frage, welches Erwerbsmodell für Mütter ideal ist, zeigt sich eine überwiegende Teilzeitorientierung für Mütter von Kleinkindern. Diesen Anspruch erheben Frauen häufiger als Männer. Müttern kommt eine besondere Verantwortung zu: Ihre Präsenz zu Hause am Nachmittag wird als äußerst wichtig beurteilt. Sie sind nach wie vor die zentralen Betreuungs- und Bezugspersonen – zumindest unter der Woche. Gleichzeitig sollen sie aber auch zum Familieneinkommen und damit zu ihrer eigenen Unabhängigkeit beitragen. Für Väter zeigt sich zunehmend der Anspruch, die Erwerbsarbeit zugunsten der Kinderbetreuung und Familienarbeit zu reduzieren, der Wunsch nach den »Neuen Vätern« wird lauter. Mutter- und Vaterleitbilder sind im Umbruch, neue Vorstellungen lösen die alten, traditionellen Leitbilder schrittweise ab, wenngleich sie noch häufig miteinander konkurrieren. Es etablieren sich neue, vermehrt egalitäre Vorstellungen der Aufgabenteilung.